

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertlätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telephon Nr. 924

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Postzeit oder deren Äquivalent 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., ansonstige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 199.

Montag, den 26. August 1918.

25. Jahrg.

Vor 20 Jahren.

Von Hugo Baehsch, Berlin.

Dieser Tage sind 20 Jahre verfloßen, seitdem der Zar Nikolaus II. seinen aufsehenerregenden Vorschlag auf allgemeine Abrüstung den europäischen Großmächten unterbreitete. Der Minister des Äußern, Graf Murawiew, überreichte am 24. August 1898 allen in Petersburg beglaubigten auswärtigen Vertretern auf Befehl des Kaisers eine Denkschrift, worin die Einberufung einer allgemeinen Konferenz zur Erörterung der Abrüstungsfrage vorgeschlagen wurde. Alle Großmächte — so heißt es in der kaiserlichen Rundgebung — haben im „Namen des Friedens“ mächtige Bündnisse miteinander abgeschlossen und, um den „Frieden besser zu wahren“, ihre Militärmacht in „bisher unbekanntem Grade“ entwickelt. Alle diese Bemühungen haben jedoch noch nicht das erhoffte Ergebnis zeitigen können, und die finanziellen Lasten trafen die Volkswohlfahrt an der Wurzel. Hunderte von Millionen (heute denkt man nur noch in Milliarden) wurden aufgewendet, um fürchterliche Zerstörungsmaschinen zu beschaffen. Die nationale Kultur, der wirtschaftliche Fortschritt, die Erzeugung von Werten wurden gelähmt und die Rüstungen entsprachen immer weniger dem Zweck, den die betreffenden Regierungen sich gesetzt haben. „Es ist deshalb klar, daß, wenn diese Lage sich noch weiter so hinzieht, sie in verhängnisvoller Weise zu eben der Katastrophe führen wird, die man zu vermeiden wünscht und deren Schrecken jeden Menschen schon beim bloßen Gedanke schauern machen.“

So der Zar im Jahre 1898, derselbe, der sich als der absolute Herrscher aller Reußen als Verantwortlicher für die in Rußland getriebene brutale Unterdrückungspolitik den Namen der „Blutzar“ verdient hat. Das, was die Sozialdemokratie in Wert und Sakrifit so häufig gesagt, daß der Rüstungswahn zum Katastrophe führen müsse, ward hier von dem russischen Herrscher anerkannt. Aber weder er noch die anderen Fürsten auf den europäischen Thronen haben den Ausbruch dieses fürchterlichen aller Kriege verhindern können; daß sie es in letzter Stunde wenigstens wohl alle gewollt haben, scheint festzustehen. Aber gerade der „Friedenszar“ von 1898 ist es gewesen, der, getrieben durch seine getreuesten Diener, die brennende Lunte unter die gefüllten Pulverfässer gemorfen hat. Ob es auch ohne dies auf andere Weise zur Explosion gekommen wäre? Vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt? Wer vermöchte das heute zu sagen; so viel ist sicher, es handelt sich heute weniger um einen Krieg der Könige, als um eine Auseinandersetzung der europäischen Kapitalistenklassen. Der Widerstreit um die weltwirtschaftlichen Interessen der nationalen Bourgeoisien ist der Untergrund des Krieges.

Welches Echo fand nun der Friedensruf des Zaren in den europäischen Staaten? Die Stellung der Sozialdemokratie war gegeben. In allen Ländern hatte sie auch bis dahin schon die Ideen einer allgemeinen Völkerverständigung vertreten, die Rüstungen und den Militarismus verurteilt. Die Resolution, die auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Brüssel am 21. August 1891 angenommen wurde, wendet sich gegen den Militarismus, die chauvinistischen Bestrebungen der herrschenden Klassen aller Länder erklärt aber zugleich, daß alle Versuche, den Krieg zu vermeiden, ohnmächtig bleiben müssen, wenn sie nicht die ökonomischen Quellen treffen.

In den offiziellen und halb-offiziösen Auslassungen der regierenden Kreise in den europäischen Staaten fand die Vorentendenz im ganzen eine ziemlich kühle Aufnahme. Sie wurde mit dem ihrer hohen Herkunft geziemenden Respekt behandelt; man versicherte der Idee weitgehendste Sympathie, aber dann kamen die vielen Einwände. Nirgends jedoch begegnete ihr eine so scharfe grundsätzliche Ablehnung, wie in Frankreich. Auf den Vorschlag des Zaren eingehen, hätte — um mit der „Petersburger Zeitung“ vom 30. August 1898 zu reden — geheßen, den „ganzen alten Sauerzeug der Revanchidee“ entschlossen auszulehnen. Das taten nun die Franzosen nicht. Sämtliche Pariser Blätter stimmten darin überein, daß nur durch „Revision“ des Frankfurter Friedens die Wege zu einer solchen Verständigung geebnet werden könnten. Frankreichs Kriegsrüstung war damals, trotz weit geringerer Bevölkerungszahl, der deutschen numerisch weit überlegen. Rußland wurde in den französischen Zeitungen ziemlich deutlich an die polnische Frage erinnert und England suchte man durch die Aufwerfung der ägyptischen Frage gegen die russischen Pläne mißtrauisch zu machen. Ueber herzliche Sympathien kamen auch die englischen und deutschen Offiziösen nicht hinaus.

Nachher 1898/99 erfahen dann das bekannte Friedensmanifest des Zaren, worin in positiver Form zur Abhaltung einer Friedenskonferenz aufgefordert wurde und das auch Vorschläge für ein Arbeitsprogramm enthielt. Inzwischen hatten schon wieder mehrere Mächte ihre Rüstungen vermehrt, und so trat die Friedenskonferenz im Haag am 19. Mai 1899 unter wenig günstigen Ausichten zusammen.

In der Tat, viele Wochen haben die Diplomaten der europäischen Staaten auf diesem Friedenskongress konferiert. Die kleinen Friedensmühseln, die nach langwierigen Beratungen die riesigen Papierhaufen gebildet, sind im Welt-

krieg nicht lebensfähig geblieben; je länger der Krieg rast, desto rücksichtsloser und brutaler wird er geführt. Und Nikolaus II., der die Welt mit dem ewigen Frieden beglücken wollte, ist von der Revolution von seiner Höhe herabgestürzt, er ist das Opfer einer Gewalttat geworden, die hundertfältig in seinem Namen an Edelsten und Besten der russischen Völker begangen worden sind. Aber die Friedensidee ist darum nicht tot. Der Ruf nach Frieden und Verständigung hallt heute stärker denn je. Nach diesem Krieg keinen mehr, der letzte Krieg — das ist der Wunsch, in dem sich Millionen aller Völker begehen. Nicht auf Fürsten, und seien sie noch so mächtig, kann der kommende Völkerverbund sich aufbauen. Auf den Völkern selbst muß er ruhen. Eine Uebereinkunft der Nationen über die wirtschaftlichen Probleme unserer Epoche ist zu schaffen, ein Ausgleich der Gegensätze, wie sie die abgeforderten Wirtschaftseinheiten der einzelnen Staaten geschaffen haben und immer wieder zeitigen müssen. Der Krieg mit seinen ungeheuren Opfern, mit seiner nie dagewesenen Furchtbarkeit, seinem unendlichen Jammer hat der Idee eines Bundes der Nationen Millionen zugeführt.

Spanien und der deutsche U-Boottkrieg.

Zu den Verhandlungen, die gegenwärtig zwischen der spanischen und der deutschen Regierung schwelen infolge des Vorhabens der spanischen Regierung, im Falle einer neuen Torpedierung spanischer Schiffe die verbotene Tonnage aus den in Spanien Häfen ankernden deutschen Schiffen zu erziehen, schreibt der „Vorwärts“:

Die Angelegenheit verlangt, mit allem Ernst behandelt zu werden. Wir müssen zunächst auch bei diesem Anlaß unser Bedauern ausdrücken, daß die Reichstagsmehrheit die sozialdemokratische Anregung auf Verhinderung des Hauptausflusses abgelehnt und damit die Volkserrettung bei einer überaus wichtigen Entscheidung ausgegalltet hat.

Spanien mit seinen mehr als 20 Millionen Einwohnern ist — von Rußland abgesehen — jetzt der größte der uns verbliebenen europäischen Neutralen, wenn nicht der Neutralen überhaupt. Sein Beispiel ist auch auf die Neutralität der panamerikanischen Staaten, wie Argentinien und Mexiko, von Einfluß gewesen. Gäbe Spanien seine Neutralität auf — wir hoffen zuversichtlich, daß es davon noch sehr weit entfernt ist — so wäre das der größte Triumph auf politischem Gebiete, den die Entente überhaupt einheimen könnte.

Damit aber dieses Ereignis vermieden wird, ist seitens unserer Regierung eine kluge und entgegenkommende Politik vonnöten. Die Situation ist nicht ganz einfach. Die spanische Regierung hat ihren Schritt zweifellos aus einer Notlage heraus getan, in die der U-Boottkrieg ihr Land verwickelt hat, we denn überhaupt die Wirkungen des U-Boottkrieges auf die Neutralen nicht unterschätzt werden dürfen. Der erste Schritt ist zwar in allen Formen der internationalen Höflichkeit gehalten, aber es ist doch klar, daß eine Regierung, nachdem sie einmal den ersten Schritt getan hat, schwer wieder zurück kann. Lehnt Deutschland den Ertrag der künftigen verbotenen Tonnage ab, so erhält die von der Entente gestärkte Partei der Kriegstreiber in Spanien Oberwasser und wird ihre Regierung zu weiteren Schritten, wie etwa Beschlagnahme der in spanischen Häfen liegenden deutschen Tonnage zu drängen suchen. Andererseits liegen die Gründe nahe, aus denen die deutsche Regierung hier keinen Präzedenzfall schaffen will, der von den übrigen Neutralen ausgenutzt werden könnte.

Angehts dieser Schwierigkeiten könnte man ja nun mit höflicher Handbewegung den Leuten den Vortritt lassen, die Tag und Nacht zum uneingeschränkten Unterseeboottkrieg gedrängt und aus von ihm ein Ende aller Kriegsnöte verheißten haben, mit der Auforderung: Bitte sagt ihr uns, wie diese neue Schwierigkeit überwunden werden soll.

Aber im Interesse des deutschen Volkes darf hier nicht geschwiegen und nicht zurückgehalten werden. In der Ehrlichkeit der bisherigen spanischen Neutralität war nicht zu zweifeln. Wir verlangen von der deutschen Regierung und machen sie dafür verantwortlich, daß nicht auch noch dieser neutrale Staat in die Reihen unserer Gegner getrieben und damit die Weltkoalition gegen Deutschland vollends geschlossen wird. Schwer genug hat es sich schon gerächt, daß bei früheren Gelegenheiten die Warnungen der deutschen Sozialdemokratie in den Wind geschlagen wurden. Bieleicht hat man jetzt im Volke schon etwas mehr Verständnis dafür als vor anderthalb Jahren, wöhen die hohe Bedenklosigkeit der „Immer-je-je-druff“-Politiker führt.

Nach über die Schweiz kommenden Meldungen jantioniert in Spanien seit Mittwoch die Präventivjur. Sie ist ausgebeht auf alle Meldungen über den Krieg und über politische Meldungen, die ausländische Instanzen betreffen.

Nach Madrider Meldungen steht eine neue Note der spanischen Regierung an Deutschland bevor, deren Erklärungen einen Weg der Verständigung offen lassen. Pariser Blätter verzeichnen dies sehr mißmutig, weil sie bestimmt auf den Einfluß gewisser Elemente der Madrider Regierungspartei rechnen, die Maura zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland bestimmen sollten.

Lord Cecil an Solf.

Lord Robert Cecil sprach sich zu einem Vertreter des Reuterschen Bureau's folgendermaßen über die Rede Solds aus: Von einem Geistespunkt bedeutet sie einen großen Fortschritt, denn sie unterscheidet sich im Ton von allem, was bisher von deutscher Seite gekommen ist. Wenn das echt ist, das man muß man sehr groß schreiben, so ist es der erste Schritt zur geistigen Gesundheit. Solf gab die erstaunlichste Erklärung ab, daß die Alldeutschen keinen Einfluß auf die Regierung haben und das unmittelbar, nachdem Kühlmann entlassen wurde, weil er mit den Alldeutschen einen Streit hatte. Die Wendung über Belgien, die Solf gebrauchte, geht sehr viel weiter als alle früheren Neußerungen. Die Worte: wir beschließen nicht, Belgien in irgend einer Form zu behalten usw. sind, soweit sie gehen, sehr viel befriedigender als irgend eine frühere Neußerung, wenn man davon absteht, daß Solf in diesem Zusammenhang sagte: „Der Kanzler hatte eine Erklärung sehr allgemeinen Charakters abgegeben, die er hinterher zu ändern gezwungen wurde. Wenn also Solds Erklärung nur eine Paraphrase der früheren Bemerkung des Reichskanzlers ist, so bedeutet sie tatsächlich sehr wenig. Außerdem enthält sie kein Versprechen der Wiederherstellung oder eine Sicherheit für die Zukunft. Wenn aber Solds Erklärung unabhängig von der des Kanzlers zu betrachten ist, so scheint das sehr einen Fortschritt zu bedeuten. Die Äußerungen des Kolonialsekretärs über den Brest-Litowsker Frieden scheinen mit der ursprüngliche Teil seiner Rede zu sein. Tatsächlich bezeichnete er den Frieden als eine zeitweilige Maßregel zu dem Zweck, unabhängige Staaten auf der Grundlage der Nationalität zu errichten. In Wirklichkeit besteht kein Grund für diese Behauptung. Zum ersten Male hören wir von dem Brest Frieden als von etwas Vorläufigem. Er wurde stets als erste Frucht dieses Krieges behandelt. Zweitens liegt kein Grund vor, es als einen Teil der deutschen Politik anzusehen, wirklich unabhängige Staaten zu errichten. Im Gegenteil, als eine Abordnung aus Estland und anderwärts, die hauptsächlich aus Deutschen bestand, zum Kaiser kam, um die Union zu erbitten, erhielt sie die Antwort, daß das Gesuch wohlwollend erwogen werde. Die Politik Deutschlands ist nicht, diese Staaten geradezu zu annektieren, aber sie völlig in seine Bahn und unter seine Kontrolle zu bringen. Diese Staaten sind territorial zu diesem Zweck gebildet. Sie haben keine gleichartige Bevölkerung und sind daher stets in der Lage, des schwankenden Gleichgewichts. Man gründete schwache Staaten, die nicht anders als unter Deutschlands Kontrolle sein sollten. Das ist eins der größten sei-jollenden Dinge, die die deutschen Staatsmänner gern haben. Ich ermahne die Gerechtigkeit Solds, bei der Verteidigung des Brest-Litowsker Vertrages an. Aber wenn man prüft, ist sie durchaus unaufrichtig.

Wir kommen jetzt zu den deutschen Kolonien. Solf ist sehr empört über den Gedanken, daß die deutsche Herrschaft unendlich sei. Ich glaube nicht, daß irgend einer, der die Tatsachen kennt, seiner Ansicht beitreten wird. Die englische Regierung sammelt über diese Fragen Material. In kurzer Zeit wird ein Buch über die deutsche Herrschaft in den Kolonien erscheinen. Einige Ermittlungen sind fürchtbare Zeugnisse der Brutalität. Ich kann Solds Lehre nicht annehmen, daß Deutschland ein friedliches afrikanisches Reich wollte. Im Gegenteil, wir wenigstens wissen, daß die mächtigste Partei in Deutschland für ein deutsches und afrikanisches Reich eintrat, um Afrika militärisch zu beherrschen und große Hilfsquellen für die militärischen Zwecke des Deutschen Reiches zu erschließen, dies ganz abgesehen von der Tatsache, daß der Besitz der Häfen die größte Gefahr für das britische Reich und für Deutschland sehr wichtig sein würde. Wenn Solf behauptet, daß Balfour oder irgend ein britischer Staatsmann empfindlich die Annexion der afrikanischen Kolonien an das britische Reich vorgeschlagen hätte, so ist das ungenau. Solf ein Vorschlag wurde niemals gemacht. Andere sagten: Es ist unmöglich für Deutschland, die Aussicht über seine Kolonien wiederzuerhalten. Mehr als das haben weder Balfour noch Lord George behauptet. Der Premierminister sagte ferner, über die deutschen Kolonien würde auf der Friedenskonferenz entschieden. Gemiß kann das große Weltproblem nicht durch England allein entschieden werden, sondern es muß gemeinsam mit den Alliierten eine Regelung gefunden werden. Solds Rede enthält Bemerkungen über den gesunden Menschenverstand, den Schrecken des Krieges usw. Das sind Gemeinplätze, mit denen jedermann in England von jeder Überzeugung, daß die Beweiskraft wird durch die Tatsache völlig aufgehoben, daß, ehe das Glück sich wendete, mir nie, mals von solchen Gedanken etwas hörten. Wir alle erinnern uns der Lobpreisungen des Krieges und seines erzieherischen Wertes und dergleichen deutschen Geredes. Wir alle erinnern uns, daß kurz nach Beginn der deutschen Offensive in ganz Deutschland der Ruf nach Welt Herrschaft wieder laut wurde. In der deutschen Presse sind darüber Beweise in Fülle gefunden worden. All dieses plötzliche Gerede über Verlangen nach Frieden zeigt, wenn es aufrichtig gemeint ist, daß Solf entweder plötzlich befehrt worden ist oder beinahe unter seinen Landsleuten allein steht. Ich bin ein leidenschaftlicher Vorkämpfer des Friedens, aber überzeugt, daß dieser nicht ohne Sieg und ohne daß Deutschland seine Niederlage anerkennt, erreicht werden kann.

Aus Cecils Worten spricht die große Verlegenheit, in die Englands Staatsmänner jetzt veretzt werden können, wenn ihnen von antlicher deutscher Seite so entgegengetreten wird, wie es Dr. Solf getan hat. Wäre niemals von deutscher Seite aus anders geredet worden, hätte die alldeutsche Hege gegen den Verständigungsfrieden niemals umliche Begünstigung erfahren, sondern wäre ihr stets von der Regierung hart entgegengetreten worden, so könnte Deutschlands ehrlcher Friedenswille von keiner Seite mehr in Zweifel gezogen werden. Die Sünden der Alldeutschen rächen sich jetzt. Und es bleibt nun nur übrig, durch unbedingte Einhaltung der in Solds Rede vorgezeichneten Richtlinien den Weg weiter zu verfolgen, um wieder Vertrauen in die Ehrlichkeit deutscher Politik zu gewinnen. In den Beweisen dieser Ehrlichkeit wird auch die russische Bevölkerung auf andere Sachverständigen Dr. Cecil hören. Aber das höchste Schmeicheln

und halbe Stunden zur allseitigen Bergewaffnungspolizei wird mit den Feinden Waffen liefern.

Offizielle Erklärung an Robert Cecil.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt zu den Aussagen Lord Roberts Cecil: „Lord Cecil bezeichnet die Rede des Staatssekretärs Dr. Solf als einen Fortschritt. In welchem Sinne er später entwickelt, ergibt sich aus dem Friedensprogramm, das er später entwickelt, und das darauf hinausläuft, Deutschland keine Kolonien zu rauben und ihm eine völlige Niederlage zu bereiten. Lord Cecil irt sich, wenn er glaubt, daß die Rede des Staatssekretärs Solf ein Fortschritt auf diesem Wege sei. Wir wollen und werden uns unser weltweites Recht auf Freiheit und Gerechtigkeit nicht und nimmer verfügen lassen. Die Durchsetzung dieses Rechtes ist unser Kriegziel und unsere Bedingung für den Frieden. Es ist zu behaupten, daß die Rundgebung Lord Cecil's auf dem Wege zu einem solchen gerechten Frieden einen entschiedenen Rückschritt bedeutet.“

Die Hölle im Westen.

Schwere Tage sind es, die unsere selbstaugen Brüder jetzt im Westen durchleben. Immer wieder türmen die Gegner an, höflich, schließlich doch den Durchbruch zu erzwingen. Mit allen Mitteln, „moderner Kriegführung“ arbeiten hier die Massen gegeneinander, Tod und Verderben bringend. Vor dieser Hölle muß die Menschheit schauernd ihr Haupt verhängen. Ueber die schweren Kämpfe am Sonnabend informiert folgender Heeresbericht:

W.B. Großes Hauptquartier, 25. August. (Amtlich.) Westlicher Kriegsjahresbericht.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Soehn. Erfolgreiche Vorkämpfe südwestlich von Speern. Seitens von Bailleul und nördlich des La Bassée-Kanals schlugen wir feindliche Teilangriffe vor unseren Linien ab.

Zwischen Arras und der Somme setzte der Engländer seine Angriffe fort. Starke, von Panzerwagen geführte Infanterie rückte am frühen Morgen zwischen Neuville und St. Veger vor. Sie brach unter schweren Verlusten vor unseren Linien zusammen. In St. Veger stehende Pöken wurden befehlsgemäß auf die Kampflinie östlich von Arras aus. Auch vor Mary scheiterten Angriffe des Feindes. Starke feindliche Kräfte stürmten mehrfach gegen unsere nach den Kämpfen des 23. August westlich Schagnies-Bapaume-Morlancourt verlaufene Front an. Schwerpunkt der Angriffe unter Einsatz zahlreicher Panzerwagen war gegen Bapaume selber gerichtet. Die Angriffe brachen zusammen. Leutnant Engelhardt schloß hier in den letzten Tagen acht Panzerwagen zusammen. Gegen unsere west der Ancre abgesetzten Linien drängte der Feind (sogar nach und nach am Nachmittag aus Courcellette und Pozieres heraus zum Angriff gegen Martin-Bauch-Bajentin vor. Französische Truppen stießen im Gegenangriff in die Platte des Feindes und warfen ihn über Pozieres hinaus zurück. Von östlich Albert bis zur Somme suchte der Feind in mehreren starken Angriffen unsere Linie zu durchstoßen. In lechsaheim Ansturm gegen die Mitte der Kampflinie führte der Feind wieder zahlreiche Panzerwagen voran. Preußen, Hessen und Württemberger schlugen den Feind zurück. Sie stießen ihm bis La Boisselle und über die Chaussée Albert-Breange hinaus nach und fügten ihm schwerste Verluste zu. Die hier nach Abschluß der Kämpfe aus der Gesamtfront weit in den Feind hinein vorspringenden Linien wurden während der Nacht zurückverlegt.

Von der Somme bis zur Dije blieb die Gefechtsfähigkeit auf Artilleriefeuer und kleinere Infanteriekämpfe nördlich von Rons und westlich der Dije beschränkt. An der Ailette flaute die Kampf-tätigkeit ab.

Zwischen Ailette und Aisne folgten gegen Crecy am Mont und beiderseits von Chavignac heftigen Feuer mehrfache starke, im besonderen bei und östlich von Chavignac in dichtem Gestrüch vorgetragene Angriffe. Sie wurden unter schweren Verlusten für die Franzosen abgewiesen; Kavallerie-Schützenregimenter taten sich hierbei besonders hervor.

Unsere Bombengeschwader warfen in der Nacht zum 25. August auf Heenanlagen, Schützposten, militärische Anlagen und Truppenlager des Feindes 75 000 Kilo Bomben ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 25. August, abends. (Amtlich.) Schwere englische Angriffe zu beiden Seiten von Bapaume. Der mit gewaltigem Kräfteinsatz verjüngte Durchbruch des Feindes ist gescheitert. Eigene Gegenangriffe zur Wiedergewinnung verlorenen Bodens sind noch im Fortschreiten. Viele zerstörte Panzerwagen liegen vor und hinter unseren Linien. Starke Angriffe der Franzosen südlich der Ailette, deren Hauptkraft durch eigene erfolgreiche Angriffe gebrochen wurde.

Die gegnerischen Berichte.

Englischer Bericht vom 23. August. Während des Tages machten wir fröhliche und erfolgreiche Angriffe auf einer Front von mehr als 30 Meilen zwischen Eihons und Mercatel. Erfolgreich, sofortige und ausdauernde Truppen griffen südlich der Somme 4 Uhr 15 Min. morgens an und nahmen Herleville, Truignies und Chavignac, ebenso die Wälder zwischen diesen Dörfern und zwischen Chavignac und dem Jülich. Während des Fortschritts über zwei Meilen tödlichen wir eine große Anzahl Feinde und machten viele Gefangene. Einige Minuten später griffen englische, schottische und Garde-Brigaden auf dem linken Flügel der Schlachtfeld an; sie erlitten Comencourt, Erwillers, Hamelincourt, Hoppes und Boire-Berquerelle. Wir machten viele Gefangene und gingen während des übrigen Tages östlich von diesen Dörfern weiter vor. Inzwischen griffen im rechten Teil des Frontens der Schlachtfeld englische und walisische Divisionen die Stellungen auf dem Ostufer der Ancre von südlich von Albert bis in die Nähe von Grandcourt an und gewannen nach schweren Kämpfen Boden. Wir schlugen einen Gegenangriff südlich von Grandcourt ab. Um ungefähr 11 Uhr morgens griffen die Engländer auf dem linken Front der Schlachtfeld längs der Ellenbahn und nördlich von Grandcourt an und nahmen Lalet le Grand, Bihacourt, und den die Ortschaft Isles beherrschenden Höhenrücken. Wir legten unsere Angriffe während des Nachmittags fort. Wir machten mehrere Tausend Gefangene im Laufe des Tages und fügten dem Feinde schwere Verluste zu.

Französischer Bericht vom 24. August, abends. Zwischen Ailette und Aisne drangen wir in der Gegend südlich von Crecy am Mont vor und machten etwa 100 Gefangene. Westlich von Rimes wurden amerikanische Truppen ihre Linien bis zur Straße Seignas-Reims vor an einer Front von etwa 600 Metern, Sonn vor der Tag überall ruhig.

Amerikanischer Bericht vom 24. August, abends. Oestlich von Bihacourt schoben unsere Truppen ihre Linie ein wenig vor. In der Gegend wurde ein Handstück des Feindes unter Verlusten für ihn abgewiesen. Von den anderen von unseren Truppen zerbombten Abschnitten ist nichts zu melden.

Was der Krieg bringt.

Der Österreichisch-ungarische Bericht. Erfolge in Albanien. Wien, 24. August. (Amtlich.) Italienischer Kriegsjahresbericht.

Beim Krieg wurde in der Nacht zum 22. August von italienischen Truppen eingedrungen. Der Feind warf über 30 Bomben ab, viele mehrere Granatwerfer und Geschütze des Artilleriebataillon. Der Feind ist jetzt größtenteils abgezogen.

Albanien.

Die Streitkräfte des Generalobersten Pflanzer-Baltin haben am 22. August zwischen Berat und Fier die feindlichen Linien durchbrochen und ihren Angriff bis zur Höhe südlich vom Kumburci vorgetragen. Gleichzeitig brachen wir nordwestlich vom Berat in die italienischen Stellungen ein. Gesteht wurden die Erfolge bei Berat erweitert und heftige Gegenangriffe abgewiesen. Auch im Gebirgslande von Silovos gewannen unsere braven Truppen Raum. Unsere Flieger bombardierten mit Erfolg die Fluganlagen von Valona.

W.B. Wien, 25. August. (Amtlich.) Italienischer Kriegsjahresbericht.

Unsere Angriffe schreiten erfolgreich normwärts. Nach erbittertem Kampfe sind gestern nördlich von Fier die italienischen Stellungen gesunken. Unsere Truppen haben in der Verfolgung den Moment überlebt. Auch bei Berat und im Silovos-Gebirge erzielten wir weitere Fortschritte. Bombenangriffe unserer Flieger auf Valona wurden fortgesetzt.

W.B. Wien, 25. August. (Amtlich.) Die Truppen des Generals v. Pflanzer-Baltin haben Berat und Fier genommen.

Wilson, Lynchjustiz und Deutschland.

Wilson hat eine Botschaft gegen die Lynchjustiz erlassen, in der gesagt sein soll, daß die Lynchjustiz dem „Schwachen Beispiel Deutschlands“ folge, eine Beschuldigung, gegen die W. T. B. in längeren Ausführungen mit Recht Verwahrung einlegt. Der Text der Botschaft liegt noch nicht vor.

Der Friede muß diktiert werden.

Im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten in Washington warnte Senator Lodge vor der hinterhältigen deutschen Stimmungsmache. Der Friede muß diktiert werden. Es darf nicht mit Deutschland verhandelt werden, damit es nie wieder instande ist, den Weltfrieden zu stören. Im einzelnen müssen Deutschland folgende Friedensbedingungen aufgemungen werden: Vollständige Wiederherstellung Belgiens, bedingungslosere Herausgabe Elsaß-Lothringens und der italienischen Gebiete Österreichs, Sicherheit Griechenlands, Unabhängigkeit Serbiens, Polens und der Slaven, Freiheit Rußlands von deutscher Herrschaft einschließlich der Rückgabe des russischen Gebietes, das durch den Vertrag von Brest-Litowsk entfremdet wurde; ferner muß Konstantinopel zum Freihafen gemacht werden, Palästina darf nie wieder unter türkische Herrschaft zurückkehren. Die wichtigsten von allen Friedensbedingungen ist, daß die großen Volksteile in Osterrreich, nämlich Jugoslawen und Tschecho-Slowaken unabhängige Staaten werden müssen. Diese im Verein mit Polen werden dem Vormaligen Deutschlands nach dem Osten im Wege stehen. Was das deutsche Volk betrifft, so denkt natürlich Niemand daran, es zu vernichten. Wir sind nicht im Kriege, um den Versuch zu machen, Deutschlands Regierungsform zu ordnen, das müssen die Deutschen selbst tun.

Das sind ja Kriegsziele, die in der Tat nur erreicht werden können, wenn die Mittelmächte entscheidend geschlagen werden. Wie lange soll denn das entsetzliche Nordden nach Meinung unserer Gegner noch dauern?

„Geistige Verirrungen.“

Im „Populaire“ macht Jean Longuet dem Sekretär des Allgemeinen englischen Gewerkschaftsverbandes, Appleton, lebhaft Vorwürfe, weil er die radikaleren Sozialdemokraten der ententistischen Länder schwer verächtigt. Appleton hatte geschrieben: „Die Anhänger der defizitistischen Politik scheinen zum größten Teil Männer militärischen Alters zu sein, die von nichts anderem als von dem sofortigen Frieden und der Kontrolle der inneren und auswärtigen Politik durch das Proletariat sprechen wollen.“ Longuet antwortet mit der schmerzlichen Frage: „Ist das der alte Kämpfer, den ich seit 20 Jahren kenne, der Apostel der großen wirtschaftlichen Streiks, der Schöpfer des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes, der heute dieses traurige Geschäft bejagt, das den Wünschen aller Reaktionen und aller Polizeiseelen auf der ganzen Welt entspricht?“

Der letzte Sowjetkongreß.

der in diesem Monat in Moskau tagen sollte, ist infolge zu befürchtender Unruhen vertagt worden.

Die Lage in Rußland

Scheint sich zugunsten der Sowjetregierung zu bessern. Nicht allein, daß sie nach den Berichten der P. T. U. ihrer militärischen Gegner Herr zu werden scheint, auch ihre politischen Gegner, die Sozialrevolutionäre, haben nach einer Helfingforfer Meldung eine empfindliche Niederlage erlitten. Auf der am 21. August in Petersburg abgehaltenen Räteversammlung des gesamten Petersburger Gouvernements hat ein Drittel der gesamten Räte, die bisher Anhänger der Sozialrevolutionäre waren, dieser Partei den Rücken gekehrt und eine neue kommunistische Volkspartei mit Anführung an die Lenin-Richtung gegründet. Diese neue Partei repräsentiert das arme Bauerntum des Petersburger Gouvernements; sie hat ihre Tätigkeit auch bereits auf andere Gouvernements ausgedehnt und stellt so eine nicht zu unterschätzende Stärkung der Sowjetregierung dar.

Das Organ der Kommunisten, „Pravda“, bespricht die letzten Erfolge der Sowjettruppen an der tschecho-slowakischen Front und teilt mit, daß die Truppen der Sowjetrepublik an zwei Stellen große Erfolge erzielten. Die Abteilungen besetzten Tawatiy und Pjichma, schloßen Jafaterinburg von zwei Seiten ein und sind nur einen Tagesmarsch davon entfernt. Die Weißgardisten besetzten nur einen Teil von Rajan. Die den Tschecho-Slowaken die Dwina aufwärts zu Hilfe eilenden Engländer und Weißgardisten sind unterwegs an der Wagamündung völlig geschlagen worden.

Nach einer weiteren Meldung sind die Tschechen bei Mikolajewski geschlagen worden.

Weiter wird aus Stockholm berichtet: Die sehr wichtige Stellung der Tschecho-Slowaken in Wierchnij-Udinsk, östlich von Jekusl und dem Baikalsee, ist ihnen durch die Roten Gardisten nach dreitägigen Kämpfen entzogen worden. Die Tschecho-Slowaken zogen in östlicher Richtung davon.

Nach Berichten der P. T. U. nimmt die freiwillige Arbeitermobilisation in ganz Rußland einen außerordentlich guten Verlauf.

Der japanische „Grund“ zur sibirischen Intervention.

In einer Erklärung der japanischen Regierung über die Intervention in Sibirien wird als Grund des Eingreifens die zunehmende Tätigkeit der deutschen und österreichisch-ungarischen Gefangenen in Sibirien angegeben. Diese sollen das Kommando über die Streitkräfte der Sowjet übernommen haben und die sibirische Grenze bedrohen.

Wir halten diesen hier angeführten „Grund“ nur für einen faulen Vorwand für das japanische Eingreifen. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Gefangenen werden sich aus leicht erklärlichen Gründen nicht hüten, sich in kriegerische Abenteuer zu betreten. Ihr Sehnen liegt nach der Heimat zu ihren Lieben.

Holland gegen das englische Minenlegen.

Eine amtliche Meldung des holländischen Korrespondenzbureaus besagt: Das Ministerium des Auswärtigen teilt mit: Die britische Regierung antwortete in Beantwortung des Protestes der niederländischen Regierung wegen des Vorhandenseins englischer Minen in den niederländischen Hoheitsgewässern, die in der zweiten Juni-Hälfte den Untergang des Torpedobootes „G. 11“ und des Minenleghiffes „Frans Maerenhout“ verursachten, daß von den britischen Seestreitkräften keine Minen im niederländischen Seegebiet gelegt wurden und daß es sich vermutlich um abgetriebene Minen handele, so daß die britische Regierung für den Unfall der beiden Schiffe nicht verantwortlich sei. Die niederländische Regierung beauftragte daraufhin den Gesandten in London, der britischen Regierung mitzuteilen, daß nach dem Urteil der niederländischen Marinebehörde die Umstände, unter denen die Minen angetroffen wurden, es höchst unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß sie angetrieben wurden. Die Marinebehörden halten es für möglich, daß sich das britische Fahrzeug, das die Minen legte, in der Ortsbestimmung irrte. Die niederländische Regierung ersucht darum die britische Regierung, ihren Seestreitkräften größte Vorsicht beim Minenlegen, namentlich in der Umgebung der niederländischen Hoheitsgewässer, einzuschärfen. Sie finde keinen Anlaß, die britische Regierung für den Verlust von „G. 11“ und „Frans Maerenhout“ nicht länger verantwortlich zu machen.

Die Kämpfe in Ostafrika.

Bei dem Kampf zwischen einer deutschen und portugiesischen und englischen Abteilung im Bezirk Quelimana, nach dem sich die Deutschen in das Innere des Landes zurückzogen, gerieten, wie die Lissaboner Zeitung „Oscontos“ vom 3. August meldet, 20 portugiesische Offiziere in deutsche Gefangenschaft. Die Einbuße an Gefangenen muß nach dieser verhältnismäßig beträchtlichen Anzahl gefangener Offiziere für die Engländer und Portugiesen sehr beträchtlich gewesen sein.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Bekanntlich haben Lloyd George und Wilson in ihren Kriegszieleklärungen auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgenommen. Nun ziehen die Südafrikaner — zweifellos nicht zur Freude Lloyd Georges — daraus die einzig richtigen Konsequenzen. „Allgemeines Handelsblad“ zufolge wird englischen Vätern aus Bloemfontein gemeldet, daß der Kongreß der unionistischen Parteileitung der vier Provinzen von Süd-Afrika auch die Entscheidung annehme, in der unter Berufung auf die Kriegszieleklärungen von Lloyd George und Wilson über das Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangt wird, daß diese Grundzüge auch auf Süd-Afrika angewandt werden sollen und daß dem Lande vollständige Freiheit und Unabhängigkeit mit Einschluß des Rechts, selbst seine Regierungsform zu bestimmen, gegeben werden soll. Der Kongreß beschloß, die Leitungen der unionistischen Parteien zu ersuchen, die nötigen Schritte zu tun, um durch konstitutionelle Mittel die Anwendung der in der Kriegszieleklärung und den Erklärungen Lloyd Georges und Wilsons enthaltenen Grundzüge von Recht und Freiheit zu erlangen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 26. August. (Amtlich.) Im östlichen und mittleren Mittelmeer verfenkten unsere U-Boote etwa 17000 Brutto-Register-Tonnen Schiffsraum, darunter drei größere beladene Tankdampfer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Nach Reuter wurden drei amerikanische Dampfer durch U-Boote verfenkt. Weiter wurde ein großer englischer Munitionsdampfer verfenkt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Wahlrechtsberatungen im Herrenhaus.

Mit Spannung darf man den Wahlrechtsberatungen entgegensehen, die demnächst im preußischen Herrenhaus ihren Anfang nehmen. Einer Auskunft zu diesen Beratungen liefert Freiherr v. Zehlig, der im „Tag“ dafür eintritt, daß die vom Landtag beschlossene zweite Zusatzstimme für Selbständigkeit beseitigt, aber ein Ersatz dafür geschaffen wird. Das gleiche Wahlrecht hält der freikonserativen Führer bereits für definitiv erledigt, deshalb schreibt er:

„Jetzt, wo das Herrenhaus in Szene tritt, handelt es sich für die preussische Gesetzgebung nicht mehr um die Austragung des grundsätzlichen Gegensatzes für oder wider das gleiche Wahlrecht, vielmehr ist, soweit es sich um die Beschäftigung zwischen unseren gesetzgebenden Faktoren dreht, nur noch von aktueller Bedeutung der Ersatz der vom Abgeordnetenhaus vorgesehenen Selbständigkeitsstimme durch außerhalb der Gestaltung des Stimmrechts liegende Sicherungen gegen Ueberdemonstratierung und eine Lösung der Frage der Zusatzstimmen, die noch in den Rahmen des Wahlerlasses vom 11. Juli v. J. paßt und zugleich wenigstens für die nicht ganz extremen Gegner des gleichen Wahlrechts die Brücke zur Verständigung zu schlagen geeignet ist.“

Für die Massen des Volkes sind Sicherungen, gleichviel welcher Art, glattweg unannehmbar. Will die Regierung dem Wort des Königs Geltung verschaffen, dann muß sie schleunigst den Appell an das Volk unternehmen.

Ein Ruf zur Befinnung.

Bekanntlich sind dieser Tage zwei Wahlrechtsberatungen in Elbing und Danzig, in denen Landtagsabgeordneter Genosse Paul Hirsch reden sollte, von unabhängigen Gruppen unter Adolf Hoffmanns Führung durch Lärm und Toben gesprengt worden. Genosse Paul Hirsch veröffentlicht über diesen Vorfall, der eine wahre Schande für die ganze Arbeiterbewegung, in erster Linie aber für seine gewissenlosen Urheber ist, einen Artikel in der „Intern. Korr.“, in dem er u. a. ausführt:

Haben denn die Hoffmann und Genossen, die sich im Reichstag und Landtag so oft über Verbote von Wahlrechtsberatungen beklagen, gar kein Gefühl dafür, wie erwidert ihr Auftreten der Reaktion ist? Sehen sie nicht ein oder wollen sie nicht einsehen, daß es in der Sache um dasselbe hinausläuft, ob die Generalkommandos Versammlungen für das freie Wahlrecht verbieten oder ob sie selbst durch ihre Kreuze an Kadau und am Parteistand ihre Abhaltung unmöglich machen?

Noch steht es nicht fest, ob das Abgeordnetenhaus aufgelöst wird. Das aber ist klar, daß in einem etwaigen Wahlkampf die Wahlrechtsgegner nur durch ein geschlossenes Vorgehen aller Wahlrechtsfreunde geschwächt werden. Die Unabhängigen würden das Maß ihrer politischen Sünden zum Ueberlaufen füllen, wolle sie, wie es leider den Anschein hat, auch durch ihre bisherige Taktik beibehalten und gewollt oder ungewollt der Reaktion Helfersdienste leisten. Es fehlt gewiß auch unter den Unabhängigen nicht an Männern, die einsehen, daß ihre kleine Partei durch solche Taktik auf die Stufe einer allgemein mißachteten Kadavorkompanie hinabsinken muß. Es scheint ihnen aber die Kraft zu fehlen, diese Entwürdigung zu verhindern.

Gemeindeabgabefreiheit für Pensionen und Unterhaltungen der Witwen und Waisen.

Das preussische Oberverwaltungsgericht entschied, daß die Hinterbliebenen Witwen und Waisen auch solcher Militärpersonen, die nicht zum aktiven Dienststande gehört haben, für ihre aus dem Staatsfonds oder aus einer öffentlichen Versorgungsanstalt zahlbaren Pensionen und laufenden Unterhaltungen Gemeindeabgabefreiheit nach § 1 Nr. 5 der Verordnung vom 23. September 1867 genießen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 26. August.

Del oder Margarine?

Die Margarinefabrikanten haben eine lebhaftere Freude an dem Kriegsausbruch für pflanzliche und tierische Öle und Fette und schreien anerkennend über die Abhandlung von M. Emalo „Die pflanzlichen und tierischen Öle und Fette, ausschließlich der Molkereiprodukte, in Frieden und Krieg“ (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 33).

„Und da wir jetzt selbst keine Kellame für uns machen, sei zuletzt auch der propagandistische Wert solcher amtlichen Befundungen zu erwähnen. Alles für die unentbehrliche Margarine. Das ist das Leitmotiv. Für die müssen alle technischen Fette, die irgendwo verwendbar sind, hergegeben werden. Die halbamtlischen Stellen sind im Kriege unsere Kellame-macher geworden.“ (Von uns gesperrt. Die Schriftleitung.)

Die Margarinefabrikanten sind durchaus auf dem Holzweg, wenn sie glauben, daß die Verbraucher von ihren Erzeugnissen sehr enttäuscht sind, und wenn sie die allgemeine Verbreitung, die die Margarine heute gefunden hat („bis in die bestgekauften Kreise hinein“) als Zeichen der Anerkennung werten. Die Verbraucher kaufen heute Margarine, weil sie gar keine Wahl haben. Es heißt für sie nicht „Del oder Margarine“, sondern Margarine oder kein Fett“, d. h. Entscheidungen fällt die Entscheidung zugunsten der Margarine. Wenn die Wahl frei wäre, würde sicher von sehr vielen Haushaltungen dem reinen Del der Vorzug gegeben, das im Gebrauch prägnanter als die 20 Proz. Wasser enthaltende Margarine ist. Die angebliche Vorliebe der Konsumenten für die Margarine blickt also keineswegs einen Entschuldigungsgrund für amtliche Begünstigung der Margarinefabrikation. Es würde übrigens durch die Ausgabe von Del statt Margarine eine gar nicht unerhebliche Zahl von Arbeitskräften, Kohlen und anderem Betriebsmaterial gespart werden können.

Der Kriegsausbruch für pflanzliche und tierische Öle und Fette ist jedenfalls nicht dazu da, gewissermaßen als Propagandafeld für die Margarinefabrikanten zu fungieren, sondern es obliegt ihm die Bewirtschaftung der Öle und Fette im allgemeinen Interesse.

Durchsuchung von Postsendungen. Das Reichspostamt hat gestattet, daß noch nicht eingelieferte Pakete im Schalterraum durch Geriemen und Polizeibeamte durchsucht und beschlagnahmt werden, wenn das ohne Störung des Postbetriebes angängig ist. Eine Durchsuchung des Postgeheimnisses will die Postverwaltung darin nicht erblicken, weil es sich um Sendungen handelt, die überhaupt nicht in ihre Hände gelangt sind. Von dem Augenblick ab, wo das Publikum die Pakete den Postbeamten übergeben hat, wird den Polizeibeamten selbstverständlich kein Zutritt mehr gestattet. Die Postverwaltung kann, so macht sie weiterhin geltend, der Polizei, wenn sie sich in Verfolgung gesetzwidriger Mischschaften befindet, den Zutritt zu ihren Schaltervorräumen, die für jedermann geöffnet sind, ebensowenig verwehren, wie ein Privatmann es für seine Räume tun könnte. Auf dem gleichen Standpunkt steht auch die Eisenbahnverwaltung.

Anmeldung der Rindvieh-, Schweine-, Schaf- und Ziegenbestände und Veranmeldung der Hausflachsammeln. Das Polizeiamt veröffentlicht eine Bekanntmachung über eine am 1. September 1918 erfolgende, das gesamte Stadt- und Landgebiet umfassende Zählung von Rindvieh, Schweinen, Schafen und Ziegen. Stichtag der Zählung ist der 25. August. Sämtliche Halter genannter Vieharten haben bis 1. September die Zählung selbst vorzunehmen. Entsprechende Vordrucke sind in der Geschäftsstelle des Polizeiamtes (Gleichabteilung) Breite Straße 651, für die Stadt und die eingemeindeten Gebiete zu entnehmen. In Travemünde sind die Vordrucke bei der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde in den Landgemeinden bei den Gemeindevorstehern erhältlich. Die Nichtbeachtung der Zählung wird mit strengen Strafen belegt. Unabhängig von dieser Zählung sind sämtliche in der Zeit vom 15. September 1918 bis 28. Februar 1919 zur Abschachtung kommenden Schweine der Fleischabteilung des Postamtes besonders zu melden. Für Selbstversorger ist diese Vorschrift von ganz besonderem Interesse, da die Unterlassung dieser Veranmeldung zur Folge hat, daß die Genehmigung zur Hausflachsammeln verweigert wird.

Wb. Der Mieterstreik im Bereiche des 9. Armeekorps lautete das Thema, über das Freitagabend im Warmbieraal des Stadttheaters Herr Rat Dr. Link, vom Einigungsamt beim Stadt- und Landamt, referierte. Wegen des öffentlichen Interesses wolle wir seine Ausführungen ziemlich ausführlich wiedergeben. In der Kriegszeit habe die öffentliche Gewalt vielerlei erfaßt: Lebensmittel, Leder, Kleiderstoffe, Metalle. Nur von der Wohnung habe sich die öffentliche Gewalt bis vor etwa Jahresfrist ferngehalten. Im Laufe des 4. Kriegsjahres wurde aber auch das Wohnungswesen erfaßt. Neubauten sind während des Krieges fast gar nicht aufgeführt worden. Die Wohnungsknappheit wurde an vielen Orten zur Wohnungsnot. Die Mietpreise stiegen bis ins Unendliche, so daß das Reich durch eine Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter eingreifen mußte. Aber das Warnungswort wurde nicht genügend beachtet. Viele Vermieter setzten ihre Forderungen außer Kraft und vermieteten nur auf unbestimmte Zeit. Dann darf der Mieter nur weiterwohnen, wenn er das zahlte, was der Vermieter verlangt. Aber so wie der gesamte Handel sich allerlei Einschränkungen gefallen lassen mußte, mußte sich auch der Haus- und Grundbesitz solche gefallen lassen. In Lübeck habe der Haus- und Grundbesitz während des Krieges viel Entgegenkommen gezeigt. Erst spät habe er die Mieter gezwungen und dann meist in angemessenen Grenzen. Er sollte soviel als möglich helfen, die Wohnungsnot zu mildern. Die Zahl derer, die ohne eigene Wohnung bleiben müssen, vermehrt sich fortgesetzt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den Wohnungswechsel gesetzlich einzuschränken. Je größer die Wohnungsnot, desto weiter müsse der Mieterschutz greifen. Er müsse die Festlegung der Mieter einziehen und den Schutz gegen den Wohnungswechsel. Freilich der Mieterschutz könne die Wohnungsnot nicht beseitigen, sondern nur mildern. Durchgreifende Hilfe ist nur zu schaffen durch die Herstellung neuer Wohnhäuser. Redner führte hierbei die von dem Lübecker Staat ergriffenen Maßnahmen und bewilligten Mittel zur Förderung des Wohnungsbauwesens an, über die unsere Leser i. Zt. unterrichtet worden sind. Trotzdem dürfte die Notlage in absehbarer Zeit kaum beseitigt werden. Vor allem wird bei der Mitterher der Kriegsteilnehmer die Wohnungsnot erst ihren Höhepunkt erreichen. Darum wird der Mieterschutz noch auf lange hinaus bestehen müssen. Die private Bautätigkeit kann hier sehr wertvolle Mitarbeit leisten. Auf die Bestimmungen des Mieterschutzes im einzelnen eingehend, teilte Redner mit, daß der Mieterschutz für Kriegshilfe in Lübeck bisher 98 100 Mk. an Mieterbeihilfen gewährt habe. Das Rote Kreuz habe seit 1914 nicht weniger als 1 077 192 Mk. Mieterbeihilfen an Kriegsfamilien geleistet. Dieser Mieterschutz in Lübeck erfolgte also nicht auf Kosten der Vermieter. Auch das Einigungsamt habe schon viele Streitfälle geschlichtet. Die Kriegsverhältnisse führten dazu, die Einigungsämter mehr und mehr auszubauen, damit sie eine glückliche Vermittlerrolle spielen könnten. Zunächst arbeiteten die Einigungsämter ohne gesetzliche Bestimmungen. Erst 1915 erhielten sie durch eine Bundesratsverordnung diese zuerkannt. Sie konnten

Der amtliche Kriegsbericht.

Übermaliger Durchbruchversuch gescheitert. Schwere Kämpfe.

Wb. Großes Hauptquartier, 26. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppe Kronprinz Rupprecht und Koch.

Vorfeldkämpfe bei Vaidem und nördlich der Scarpe. Westlich von Croisilles blieben feindliche Angriffe in unserem Feuer liegen. Bizetfeldwebel Göbel schloß mit seinem Maschinengewehrtrupp vier Panzerwagen und Offiziertruppe mit leichten Minenwerfern drei Panzerwagen zusammen.

Weiterwärts von Bapaume setzte der Feind zwischen St. Veger und Martinpuich seine Angriffe fort. Hoher Einsatz an Infanterie und Panzerwagen sollten hier den Durchbruch durch unsere Front erzwingen. Wo der Feind im Feuer und durch Gegenstoß abgewiesen war, trugen feindliche Kräfte den Angriff immer wieder erneut vor. Seine Angriffe sind im großen gescheitert. Im einzelnen war der Verlauf der Schlacht etwa folgender:

Der Feind drang in unsere westlich von Mory und westlich von Bapaume-Martinpuich verlaufende Linie ein. Nördlich von Bapaume brachten feindliche Vereinstrophen und Keiserven den Feind am Ostrande von Mory-Hovrouil und westlich von Bapaume zum Stehen. Weitere Angriffe brachen vor diesen Linien zusammen. Südwestlich von Bapaume stieß der Feind zwischen Thillen und Martinpuich bei Gouendecourt-Flere vor. Preussische Reserve-Regimenter und Marine-Infanterie warfen ihn in kraftvollen Gegenangriffen in die Linie Thillen-Martinpuich zurück. Beide Orte wurden wieder genommen. Zahlreiche Panzerwagen liegen zertrümmert vor und hinter unseren Linien.

Gegen unsere an der Angriffsfront abgesetzten Linien Valenciennes-Petit-Cernoy-Suzanne arbeitete sich der Feind im Laufe des Nachmittags heran. Stärkere Angriffe, die am Abend zwischen Carnoy und an der Somme erfolgten, wurden abgewiesen. Südlich der Somme setzte sich der Feind nach mehrfachen Angriffen in Cappy-Fontaine fest. Weiderwärts der Römerstraße schlugen wir seine Angriffe zurück. Zwischen Somme und Duse keine besondere Gefechtsaktivität. Südlich der Mittelte griffen preussische Garden den Feind westlich von Crezau-Mont an, gewannen die Höhen südöstlich Pont St. Ward und schlugen im Verein mit deutschen Jägern sehr starke Angriffe weißer und schwarzer Franzosen ab. Etwa 400 Gefangene wurden eingebracht.

Auch nördlich der Aisne brachen am Abend starke feindliche Angriffe zusammen.

Secresgruppe Deutscher Kronprinz.

Teilgescheite an der Weste.

Der Erste Generalquartiermeister.

Lubendorf.

nun das Erscheinen der streitenden Mieter und Vermieter, Hypothekensammler und Gläubiger erzwingen. Das Lübecker Einigungsamt hat keinerlei Zwangsmittel angewendet brauchen. Die streitenden Parteien sind immer erschienen. Je knapper die Wohnungen wurden, desto mehr Mieter wurden von der Kündigung betroffen, daher waren viele Mieter genötigt, Mietsteigerungen über sich ergehen zu lassen. Deshalb kam die Bundesratsverordnung vom Juli 1917. Dadurch wurde der Mieterstreik für das ganze Reichsgebiet sichergestellt. Die Verordnung gibt dem Einigungsamt Entscheidungsbefugnis. Es konnte eine Kündigung für unrichtig erklären, wenn z. B. ein Vermieter der Ehefrau eines Kriegsteilnehmers kündigt, so liegt bekanntlich kein Grund zur Kündigung vor; in diesem Falle braucht die Wohnung nicht geräumt zu werden. Redner führt eine ganze Anzahl weiterer Fälle aus dem praktischen Leben an, die den Mieterstreik nicht betreffen. Aber wo er in Frage kommt, müsse das Einigungsamt unverzüglich — zum mindesten in 5-6 Tagen — angerufen werden. Natürlich bemühe sich das Einigungsamt, auch dem Vermieter Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Nichtlinear lassen sich indes schwer festlegen, wie der Redner an Beispielen aus seinen praktischen Erfahrungen nachweist. Vor allen Dingen fordert er, Kündigungen wegen Zänkereien und Klatschereien der Frauen zu vermeiden. Natürlich dürften auch die Vermieter die Vermieterinteressen nicht verletzen, etwa in bezug auf Treppeneinrichtungen, Wägen in der Wohnung, trotzdem eine Maßnahme zur Verfügung steht usw. Die zu starke Anhebung der Wohnung durch kinderreiche Familien könne auch nicht ohne weiteres als Kündigungsgrund angesehen werden. Vor allem sollten die Mieter durch pünktliche Mietzahlung Kündigungsgünde vermeiden. Natürlich, wenn der Mieter ohne Schuld in mißliche Verhältnisse komme, würde Nachsicht zu üben sein. Kündigungen wegen der Weigerung höhere Mieten zu zahlen, habe das Einigungsamt fast restlos für unwirksam erklärt und selbst eine angemessene Miete festgesetzt. Hieraus ging Herr Dr. Link auf die Praxis des Einigungsamtes des näheren ein. Habe der Vermieter nach Kündigung einer Wohnung wieder vermietet, der Mieter aber beim Einigungsamt die Ungültigkeit der Kündigung erzielt, so müsse der Vermieter damit rechnen, dem neuen Mieter Schadenersatz zu leisten. Die Verordnung für das 9. Armeekorps, die anfangs dieses Monats erlassen, deckt sich im wesentlichen mit den allgemeinen Bestimmungen. Sie bezieht sich vorwiegend auf Mieter. Nach dem 1. September sollen Kündigungen überhaupt nicht mehr zugelassen werden, wenn der Mieter nicht einverstanden ist. Der Vermieter muß erst die Bewilligung einer Kündigung durch das Einigungsamt einholen, und müsse dort seine Gründe geltend machen. Aber auch wenn diese Bewilligung erteilt ist, könne der Mieter das Einigungsamt anrufen, um gehört zu werden. Auch bei Besitzwechsel müsse das Einigungsamt gehört werden, wenn der neue Besitzer eines Hauses in eine darin befindliche Wohnung ziehen will, die bisher vermietet war. Im allgemeinen solle eine Kündigung nicht zugelassen werden, wenn der Mieter kein Unterkommen finden kann. Dr. Link ging dann auf die näheren Bestimmungen der Korpsverordnung ein. Auf den starken Grundbesitzwechsel der letzten Jahre hinweisend, betonte Redner, daß auch dieser Umstand eine Folge der Kriegsverhältnisse sei. Nach der Korpsverordnung könne das Einigungsamt den Mietzins festlegen. Den Antrag dazu dürften Mieter und Vermieter stellen. Natürlich schiede jede Schamifizierung dabei aus. Feste Richtlinien lassen sich nicht geben. Die Korpsverordnung bestimmt auch, daß unbewohnte, aber zu Wohnzwecken geeignete Häuser oder Räume binnen zwei Wochen der Behörde für Wohnungsbesetzung zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese könne dann genau so darüber verfügen, wie der Eigentümer. Hieraus wurden die Strafbestimmungen der Korpsverordnung erörtert. Als der Mieterschutz in Kraft trat, machte sich in Vermieterkreisen allerdings ein lebhafter Unmut dagegen bemerkbar. Indes das Einigungsamt gehe nicht mit dem Mieter durch die dazwischen, es urteile immer gerecht und verheße den berechtigten Interessen zur Geltung. Im übrigen sehe auch das Einigungsamt die recht baldige Wiederkehr der normalen Zeiten herbei. Hierauf beantwortete Herr Dr. Link eine Anzahl aus der Mitte der Versammlung gestellte Anfragen. Seine sehr interessante Ausführungen verdienen Anerkennung.

Die Lübecker Konsumtenteuerung hat in ihrer letzten Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung erledigt. In der Hauptsache beschäftigte sie sich mit der Teuerung und der Wohnungsnot. Die Erhöhung des Brotpreises wurde als neue Belastung der Verbraucher beantragt und der hohe Preis für Beeronobst (Himbeeren und Johannisbeeren) und Pfäumen, der den Friedenspreis zum Teil um nicht weniger als 400 bis 600 Prozent übersteigt, als durch nichts gerechtfertigt bezeichnet. Die Wohnungsnot wird sich nach Ansicht des Ausschusses noch weiter verschärfen. Es soll deshalb in einer Eingabe an den Senat darauf hingewiesen werden, daß der Staat selber ohne Verzug den Bau neuer Wohnungen in Angriff nehmen müsse, und daß auch die Herrichtung von Wohnungen mittlerer Größe erforderlich sei. Weiter wurde betont, für die schwierige Übergangszeit und die fleischlosen Wochen sei hier nicht genügend Vorzüge getroffen. Die Vereintung beschäftigte sich dann noch mit der Bekämpfung des Tauschhandels, der besonders in Schuhwarengeschäften blühe, und bezeichnete eine amtliche Zusammenstellung der Stellen, bei denen man sich über Höchstpreisüberschreitungen usw. beschweren könne, für wünschenswert. Die Kassenvorhältnisse der Vereintung sind günstig. (Im übrigen führt diese Konsumtenteuerung seit langem ein richtiges Wechseldalein, anstatt sich kräftig zu rühren. D. Red.)

Der Kleinhandelspreis für Kohlrabi ist für Ware der Gruppe A auf 16, für Gruppe B auf 14 Pfg. pro Pfund festgesetzt worden.

Die Verteilung von Nähfäden, Strick- und Stopfgarn betrifft eine Bekanntmachung des Polizeiamtes im Ineratenfall, auf die wir hierdurch aufmerksam machen.

Die Weidenente beschnahmt. Unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 10. Oktober 1917 wird von der Kriegsamtsstelle Aitona darauf hingewiesen, daß auch die diesjährige Weidenente der Beschnahme unterliegt und den Anordnungen der beteiligten amtlichen Weidenaufkäufer im Interesse einer gleichartigen Versorgung der Geschloßforstindustrie widerprüchlos nachzukommen, insbesondere, daß es streng verboten ist, Weiden an irgend jemand anders zu verkaufen, als an die amtlichen Weidenaufkäufer.

Nach Lübeck verkaufter Dampfer. Der deutsche Dampfer „Gothland“ ist durch Vermittlung einer hiesigen Schiffsmaklerfirma an das Nordische Kohlenkontor in Lübeck veräußert worden. Das Schiff ist im Dock beschäftigt und von der neuen Reederei übernommen worden.

Handelsregister. Am 23. August 1918 ist eingetragen: 1. bei der Firma Heinrich Dieckel, Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Geschäftsführer Carl Lüth ist zum Liquidator bestellt. Das Geschäft ist als Ganzes, ohne die Firma, an Postlebs Eilens-Kohlenhandel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck veräußert. Die Aktiva und Passiva sind von der Uebernahme ausgeschlossen. Die Prokura des Hermann Johannes Heinrich Lüth ist erloschen; 2. bei den Firmen: Heinrich Uter, Lübeck; W. Reich, S. Weithal Nachf., Lübeck; Christian Gade, Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft nebst der Firma ist an den Kaufmann Paul Jöbe in Lübeck veräußert und wird von diesem fortgeführt. Der Uebergang der im Geschäft begründeten Verbindlichkeiten auf den Erwerber ist ausgeschlossen.

pl. Im Stadthallen-Theater machte am Sonnabend und Sonntag die von früher hier fastjam bekannte „Schlager“-Operette „Wie einst im Mai“ volle Häuser. Ihre Reize haben im Laufe der Zeit nicht gemindert. Bei der Wiedergabe fiel der Mangel an Singstimmen bei den Vertretern der Hauptrollen auf. Am Sonnabend sangte darin Fr. Maudri, die Balletmeisterin, zum Abschied. Sie war großartig und geschmeidig wie immer. Und Sonntags hatte Herr Landar, der den Fris Fitterbog, eine Blauströcke Niels, übernommen hatte, keinen Ehrenabend. Die Blumenläden dürften an beiden Tagen gute Geschäfte gemacht haben. Sonst verdient noch Herr Pauly als Musikant für seine sehr erheiternde, wirkungsvolle Darbietung besonderer Erwähnung. Die musikalische Leitung hatte Herr Kapellmeister Jürgens.

Stadthallen-Theater. Am 3. und 4. September — nach Schluß der Spielzeit — veranstalteten einige der beliebtesten Mitglieder in der Stadthalle noch zwei Aufführungen unter der künstlerischen Leitung des Oberregisseurs Schweisguth und zwar am 3.: „Herrschafflicher Diener gesucht“, am 4.: „Raub der Sabinerrinnen“. Vorverkauf an der Theaterkasse des Stadthallen-Theaters und D. Borkert, Breite Straße.

Das Wohlthätigkeits-Wettschwimmen im Krähensteich hatte sich gestern nachmittags eines außerordentlich starken Besuches zu erfreuen. Der Stadthallengarten und der benachbarte Wall waren von einer dichtgedrängten Menge besetzt, die den 16 Wettkämpfern mit größtem Interesse folgte. In den verschiedenen Schwimmerarten wurden gute Leistungen erzielt. Auch die Beteiligung war zahlreich. Zum Schluß wurde im Hauptwettbewerb viele Gewandtheit, tüchtiges Können und guter Humor gezeigt. Sehr beachtet und beifällig aufgenommen wurden auch die verschiedenen im vollen militärischen Ordonnanzanzuge ausgeführten Sprünge. Schönes, sonniges Wetter begünstigte die Veranstaltung, die einen alle Teile betrieblenden Verlauf nahm und wohl auch dem roten Kreuz einen ansehnlichen Ertrag gebracht haben wird. Ueber die Ergebnisse der einzelnen Schwimmer werden wir morgen berichten.

Harburg. Tödlich verunglückt ist der Dachbedermeister Grub aus Schöningen. Er war auf dem Rittergute Esbeck mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt. Während er in hohem Meter Höhe auf einer Leiter arbeitete, brach diese plötzlich zusammen. Grub fiel so unglücklich auf eine Wagenbochse, daß der Tod sofort eintrat.

Buchholz. Schwere Unglücksfälle. Beim vorzeitigen Bestellen eines noch in Fahrt befindlichen Eisenbahnwagens geriet eine alte Frau unter die Räder des Wagens und erlitt schwere Verletzungen. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde sie dem Harburger Krankenhaus zugeführt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Ein letzter Appell!
Gebt Euer Gold und Euer Silber,
gebet Eure Juwelen dem Vaterlande!
Annahmeschluss 31. August! 4048

Im Verlage von Gebrüder Borchers G. m. b. H., Lübeck, (Kommissionsverlag Leipzig, E. Haberland) erschien soeben:
Die Grundwasserhältnisse der Stadt Lübeck und ihrer Umgebung
von Prof. Dr. Paul Friedrich t. Lübeck,
183 Seiten Groß-8-Format mit 25 Abbildungen und 12 farbigen Tafeln. Preis: gebunden M. 5, gebunden M. 8. (A 61)
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den Verlag.



Ein Besuch

in meinem Hause wird einen Faden
von der

Tatsache überzeugen,

daß ich in bezug auf
Leistungsfähigkeit

ganz hervorragendes biete.

**Gute Qualitäten,
Vorteilhafte Preise**

sind die Hauptmerkmale der von mir
zum Verkauf gelangten Waren.

**Rudolph
Karstadt**
Lübeck.

G. Pröbster

Bekanntmachung

Betreffend die Verteilung von Nähfäden, Strick- und Stopfgarn an Kleinhandler, Kleinverarbeiter, Anstalten mit Inassen und Verbraucher.

Da die Reichsstelle dem Kommunalverband Lübeck für das zweite Kalenderhalbjahr 1918 Nähfäden, Strick- und Stopfgarn zur Verteilung an Kleinhandler, Kleinverarbeiter, Anstalten mit Inassen und Verbraucher überweisen hat, ordnet das Polizeiamt hierdurch folgendes an:

I.
Kleinhandler, die sich an der Verteilung des Garns an die einzelnen Verbraucher beteiligen wollen, werden aufgefordert, unverzüglich bei der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Königstraße 69, den vorgezeichneten Vordruck für die Anmeldung abzuholen und den Vordruck ausgefüllt bis spätestens zum 5. September 1918 bei dieser Geschäftsstelle wieder einzureichen. Zur Verteilung werden nur solche Kleinhandler zugelassen, die bereits vor dem 1. Dezember 1917 im lübeckischen Staatsgebiet Garn an Einzelverbraucher gewerbsmäßig vertrieben haben. Krämerläden und sonstige Geschäfte, welche nur nebenbei oder gelegentlich Garn verkauft haben, können bei der Verteilung nicht berücksichtigt werden. Ebenso bleiben diejenigen Geschäfte unberücksichtigt, die den vorgezeichneten Vordruck nicht innerhalb obiger Frist bei der Geschäftsstelle des Polizeiamts eingeleistet haben.

II.
Kleinverarbeiter von Nähfäden (Schneider, Schneiderinnen, Schneider, Konfektionsbetriebe, Wäschehäuser usw.) welche am 1. Dezember 1917 nicht mehr als 15 Arbeiter, darunter verheiratete, mit Näharbeiten beschäftigt, haben gleichfalls

unverzüglich einen vorgezeichneten Vordruck in der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Königstraße 69, abzuholen und ihn ausgefüllt bis spätestens zum 12. September 1918 bei der Geschäftsstelle wieder einzureichen.

Verarbeiter werden bei der Verteilung von Nähfäden nur insoweit berücksichtigt, als sie bisher schon das zur Verarbeitung erforderliche Material selbst beschaffen mußten und nicht von dem Auftraggeber gestellt erhielten.

III.
Gemischte Betriebe, d. h. solche, die gleichzeitig Kleinhandel und Verarbeitung umfassen und in deren Betriebsbetrieben am 1. Dezember 1917 nicht mehr als 15 Arbeiter dauernd verheiratet beschäftigt waren, haben zwei Vordrucke auszufüllen, einen als Kleinhandler und einen als Verarbeiter.

IV.
Anstalten mit Inassen (öffentliche und private Krankenhäuser, Gefängnis, Armenanstalt usw.) haben der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Königstraße 69, bis spätestens zum 12. September 1918 schriftlich zu melden, wieviel Inassen jährlich durchschnittlich in ihrer Anstalt untergebracht waren.

V.
Hotels, Pensionen usw., welche ihre Bett- und Hauswäsche bisher selbst anbedienten, haben der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Königstraße 69, bis spätestens zum 12. September 1918 die Anzahl der in ihrem Betriebe befindlichen Fremdenbetten schriftlich anzugeben.

VI.
Die Lieferung des Garnes erfolgt voraussichtlich im November d. J. Die Bedingungen, unter denen das Garn an Einzelverbraucher abgegeben wird, werden später bekanntgegeben.
Lübeck, den 26. August 1918.

Bekanntmachung

über die Höchstpreise für Kohlrabi.

Durch Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 24. April 1918 ist für ganz Nordwest-Deutschland eine Preis-Kommission gebildet worden zur einheitlichen Festsetzung der Erzeugerpreise, sowie gemäß § 7 Absatz 3 der Verordnung vom 2. April 1917 auch zur einheitlichen Bestimmung der Groß- und Kleinhandelspreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund des Beschlusses dieser Kommission werden auf Anordnung der Reichsstelle für das lübeckische Staatsgebiet vom Dienstag, dem 27. August 1918 ab folgende Höchstpreise festgesetzt:

Erzeugerpreis	Gruppe A		Gruppe B	
	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
Kohlrabi ohne Kraut 9	12	16	11	14

Die Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes. Die am 17. August festgesetzten Höchstpreise für Kohlrabi sind aufgegeben, die sonstigen in der Bekanntmachung vom 17. August festgesetzten Höchstpreise behalten bis auf weiteres ihre Gültigkeit.

Lübeck, den 26. August 1918 (4062)
Landesstelle für Gemüse und Obst.

Fleischextrakt-Ersatz „Ohlena“

gibt allen Speisen kräftigen Fleischgeschmack, deshalb für fleischlose Wachen besonders geeignet. In haben in allen Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäften. (4061)

Das Polizeiamt.

Die Kartoffelversorgung der Städte.

Kürzlich wurde in der Presse darauf hingewiesen, daß nach bestimmten Gerüchten Kräfte am Werke seien, für die nächste Kartoffelversorgungsperiode die Kellerbelieferung zu hintertreiben und die Bevölkerung auf die tägliche Belieferung durch die Stadt zu beschränken. Etwas Licht in die Sache bringt jetzt eine Verhandlung der städtischen Kollegien in Harburg, in der Bürgermeister-Vorsitzender Kaufmann im Auftrag des Bürgervereins die Frage an den Magistrat richtete, ob es nicht möglich sei, daß die Bevölkerung sich für den Winter wieder selbst mit Kartoffeln decke.

Oberbürgermeister Denike entgegnete, daß die Reichskartoffelstelle in Berlin kürzlich ein Rundschreiben an die Kommunalverbände geschickt und darin betont habe, daß im letzten Jahre einmal zu viel Kartoffeln zu früh verbraucht, zum andern zu viel verdorben seien. Diese Fehler sollten jetzt vermieden werden. Es sollen die Kommunalverbände für möglichst eigene Kellerräume sorgen. Der hiesige Magistrat hat nun in seiner Antwort hervorgehoben, daß in Harburg nach den Erfahrungen der beiden letzten Jahre die möglichste Selbstin Kellerung durch die Bevölkerung, die sich seit langen Jahren hier mit gutem Erfolge bewährt habe, das Beste sei. In Harburg seien genügend Keller bei den Wohnungen vorhanden, selbst bei den kleinsten Arbeiterwohnungen fehlten sie nicht. Die Stadt habe selbst nur so viel Kartoffeln eingemietet bzw. eingelagert, als sie zur sonstigen Abgabe nötig habe. Im allgemeinen habe sich dies Verfahren bei uns sehr gut bewährt. Zwar habe es sich nicht vermeiden lassen, daß einige Familien (deren Namen notiert und die von der Selbstin Kellerung in Zukunft ausgeschlossen würden) nicht haushälterisch mit den ihnen zustehenden Kartoffeln gewesen seien und schon im Februar ihren ganzen, bis Mitte Juli reichenden Bestand verbraucht hätten, andere die Kartoffeln auch nicht ordentlich eingelagert hätten. Doch seien dies nur Ausnahmen gewesen. Die Stadt habe nur eigene Lagerkeller für 16.500 Zentner Kartoffeln. Eine Rundfrage bei den Fabriken habe ergeben, daß auch dort keine genügenden frostfreien Räume vorhanden seien. Miefen lege die Stadt ungenügend an, weil diese sehr teuer seien und zum andern die Feucht- und Diebesgefahr zu groß sei. Immerhin habe Harburg schon im Vorjahre in den beiden Landkreisen Harburg und Wismar in der Nähe der Bahnhöfe Kartoffeln eingemietet, um stets in der Lage zu sein, im Bedarfsfalle zu greifen. Dies solle auch für diesen Winter wieder geschehen. Beantragt sei, zu genehmigen, daß die Haushaltungen auch für den nächsten Winter ihre Kartoffeln selbst einkaufen, und zwar erstens durch direkten Bezug vom Lande durch einen Bezugschein oder zweitens durch die Stadt selbst. Es ist gebeten worden, wiederum Bezugscheine ausgeben zu wollen. Allerdings hätten sich für die Landreise durch das Bezugscheinwesen mancherlei Uebelstände herausgebildet, die in Zukunft vermieden werden müßten. Im letzten Jahre hat die hiesige Bevölkerung ein Viertel ihres Gesamtbedarfs selbst durch Bezugscheine eingedeckt, und zwar aus den Kreisen Harburg und Wismar. Von der Reichs- bezw. Provinzialkartoffelstelle hängt es ab, ob nun die Genehmigung zur gesamten Eindeckung erfolgt oder nur bis zum 1. April nächsten Jahres. Immerhin vertritt der hiesige Magistrat den Standpunkt, daß die Selbstin Kellerung der Haushaltungen bis zu Mitte Juli erfolgen möge.

Wenn in den Erklärungen des Harburger Oberbürgermeisters nicht gesagt wäre, daß die Reichskartoffelstelle hinter der Absicht stünde, die Selbstin Kellerung der Haushaltungen mit Kartoffeln zu hintertreiben, dann würden wir das einfach nicht für möglich halten. Wie kann eine solche Behörde behaupten, bei dieser Selbstin Kellerung seien zu viele Kartoffeln verdorben? Gewiß sind welche verdorben, wie das immer geschieht; mit einem gewissen Verluste durch Verderben muß man immer rechnen; auch der Landwirt

und der Händler. Jedenfalls wird dieser Verlust aber auf ein Mindestmaß beschränkt, wenn möglichst jede Haushaltung ihre Verbrauchsmenge in eigene Pflege nimmt. Sie hat ja das allergrößte Interesse daran, ihre Vorräte sorgfältig zu beobachten und vor Verlusten zu bewahren. Bei den kleinen Mengen, die jede Haushaltung besitzt, ist das auch viel leichter möglich, als wenn eine einzige Stadterwaltung viele Hunderttausend von Zentnern hinfegen muß. Gerade dabei entstehen die größten Verluste, weil jede Beobachtung und pflegliche Behandlung unmöglich ist; und es ist ja auch weit und breit bekannt, daß gerade durch die städtischen Massenaufspeicherungen von Kartoffeln die Verluste durch Verderben ins ungeheuerliche wachsen. Es ist erstaunlich, daß die Reichskartoffelstelle diese Tatsache leugnet.

Und wie steht es mit der Versorgung, wenn die Städte alle Kartoffeln selbst einlagern und davon der Bevölkerung nur das jeweilige Tagesquantum verabfolgen? Wir haben darin doch die schändlichsten Dinge erlebt. Stunden, und tagelang drängten sich die Volksmassen zu vielen Hunderten vor den Kartoffelhandlungen; die Anlieferungen erfolgten unregelmäßig und schwankend, weil es an Fuhrwerk und Leuten fehlte. Wochenlang bekam die Bevölkerung überhaupt keine Kartoffeln. Wie kann ein vernünftiger Mensch heute den Hausfrauen zumuten, die ohnehin nicht wissen, woher sie all die Zeit nehmen sollen, um den Lebensunterhalt ihrer Familien zusammenzubringen, jetzt auch noch in Schnee und Kälte stundenlang nach Kartoffeln anzustehen. Das gäbe eine Katastrophe sondergleichen; unsere hinterhältigsten Feinde könnten keinen heimtückischeren Plan ausfinden, um das Volk noch tiefer in den Hunger- und Elendszustand und damit zur Verzweiflung zu treiben. Jedenfalls werden die Arbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich dieser neuen und völlig überflüssigen und deshalb rein mutwilligen Erschwerung ihrer ohnehin bis zum Niederbruch bedrückten Existenz widersetzen.

Gewerkschaftsbewegung.

Verhandlungen über Teuerungszulagen im Holzgewerbe. Seit mehreren Wochen ist im Holzgewerbe die Arbeiterkassiererei fast allseitig mit Forderungen auf erneute Teuerungszulagen an die Unternehmer herangekommen, was dazu führte, daß alsbald die Verbände auf beiden Seiten in die Bewegung eintraten und durch zentrale Verhandlungen eine allgemeine Verständigung herbeizuführen suchten. Diese Verhandlungen haben am 19. August in Nürnberg ihren Anfang genommen und nach dreitägiger Dauer zu einer vorläufigen Verständigung geführt. Die Unternehmer haben sich nach anfänglichem hartnäckigen Widerstand bereit gefunden, den Arbeitern erneute Zulagen zu bewilligen, die sich auf 26 bis 28 Pfg. für die Stunde, abgestuft nach den Tarifklassen, belaufen. Hiervon traten 10 bis 15 Pfg. für die Stunde sofort in Kraft, der Rest von 10 Pfg. für die Stunde soll vom 1. Dezember 1918 ab gezahlt werden. Für die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren soll die Zulage 10 bis 15 Pfg. für die Stunde betragen. Die Mindestlöhne sollen um die gleichen Beträge steigen, auf 1,10 Mk. bis 1,10 Mk. in den einzelnen Tarifklassen für die Arbeiter, und auf 55 bis 77 Pfg. die Stunde für Arbeiterinnen.

Die Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes haben in den Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß diese Zugeständnisse angesichts der Zeitumstände durchaus ungenügend sind und es daher abgelehnt, eine feste Vereinbarung auf dieser Grundlage mit den Unternehmern abzuschließen. Zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der gemachten Zugeständnisse wird der Holzarbeiterverband demnächst eine Vertreterkonferenz der Vertragsorte abhalten, welcher das endgültige Beschlußrecht zusteht. Die Frage der Verlängerung der bestehenden Tarifverträge soll damit in dem Sinne gelöst sein, daß in diesem Herbst die Verträge nicht gütlich werden, also um ein Jahr verlängert betrachtet werden. Schließlich soll die Bestimmung Geltung erlangen, daß vor dem 1. April 1919 weitere Forderungen nicht erhoben werden dürfen.

Der Londoner Straßenbahnstreik ist beendet. Die Ausständigen haben die Arbeit wieder aufgenommen in der Erwartung der Entscheidung der Schiedskommission.

Wirtschaftliches.

Mehlloses Brot.

Ein neues Verfahren.

Brot ohne Mehl herzustellen — das klingt abenteuerlich. Es gibt aber in der Tat ein neues Verfahren, das den Prozeß der Brotherstellung ersichtlich vereinfacht und den langen Weg von der Tenne zum Backofen um ein beträchtliches Stück abkürzt. Die Einzelheiten der Herstellung wurden heute den Vertretern der Presse in einem anschaulichen Vortrage erklärt.

Das erste Geheimnis liegt in der reiflichen Ausnutzung des Korns, die nicht in dem Vermahlen des Getreides liegt. Die Erfinder des neuen Grewitt-Vollbrotessens lassen das Korn nicht in die Mühle gehen, es wird gewaschen, nachdem es vorher von der unedelmöglichen äußeren Hülle befreit wurde. Die nach dem Waschen gewonnene Masse wird getrocknet, der Brotteig ist, mit oder ohne Zusatz, fertig und kann in den Backofen wandern. So ist von allen traditionellen Hilfsmitteln der Brotherstellung nicht mehr viel übrig geblieben als Anfang und Ende: Korn und Backofen. Alles andere ist überflüssig gemacht. Die Sachverständigen nennen unter den Vorzügen des so gewonnenen Vollbrotessens besonders die um 10 Prozent höhere Ausnutzungsziffer, die hygienischere Prozedur — die Hände kommen mit der Teigmasse nicht in Berührung, alles wird von der Maschine besorgt — ferner die Verbilligung gegenüber dem heutigen Herstellungspreise um etwa 25 Prozent. Alle Eiweißbestandteile des Getreides werden restlos mitgenommen; so wird der Nährwert dieses Brotes erheblich gesteigert. Ein besonders geartetes Reinigungsverfahren ermöglicht sogar ohne Schädigung der Qualität die Verarbeitung dumpfig gewordener Kornmengen. Einweisen haben sich die seit langem betriebener praktischeren Versuche so glänzend bewährt, daß die Militärverwaltung in Potsdam und eine große Konsumstelle in Stettin täglich größere Mengen dieses Vollbrotessens herstellen lassen.

Schließung der Zigarrenfabriken.

Die deutsche Zentrale für Kriegslieferungen und Tabakfabrikation in Minden kündigt die Schließung der Zigarrenfabriken und die Entlassung der Arbeiter für das Jahresende wegen Erschöpfung der Vorräte an Rohmaterial an.

Schwimmende elektrische Schweißwerkstatt.

Die Heimarbeiter-Abteilung des zentralen landwirtschaftlichen Volkswirtschaftsamt ist gegenwärtig mit der Einrichtung einer schwimmenden elektrischen Schweißwerkstatt auf der Wolga und ihren Nebenflüssen — Oka und Kama — beschäftigt. Die Werkstatt soll den Heimarbeitern der Metallindustrie des Gouvernements Nischni-Novgorod für die Reparaturen ihrer Werkzeuge, Maschinen und Werkzeuge dienen. Gleichzeitig soll diese Wanderwerkstatt Ausbesserungen an den landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten der bäuerlichen Bevölkerung, sowie den Dampfsecheln, Maschinen und anderen Metallteilen von Dampftraktoren, Lokslopfen und Siederdampfmaschinen vornehmen.

Aus Nah und Fern.

Strassenbahnunglück in Berlin. Sonnabend ereignete sich an der Kreuzung Neue Schönhauser Straße und Münzstraße ein folgenschweres Straßenbahnunglück. Ein Soldat auf der vorderen Plattform wurde schwer verletzt, ein weiterer Fahrgast auf der Plattform des Anhängers wurde schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb.

Lebenslied begraben. Die 14jährige Tochter des Landwirts Jäger in Bierlaaken bei Soldau (Ostpreußen) ging zur Kleiderarbeit in Sand zu holen. Als sie nicht zurückkehrte, wurden Nachforschungen angestellt, die ergaben, daß in der Grube eine Hand heruntergerollt und das Mädchen verschüttet worden war. Die sofort eingeleitete Ausgrabung förderte die Verunglückte nur als Leiche zutage.

Strombahn-Engländer. Wiener Blättern zufolge ist in der Nacht zum Sonntag auf der Nordwestbahnstrecke zwischen Reg und Zellerau ein Personenzug infolge einer durch einen Wollensbruch hervorgerufenen Gleisunterbrechung entgleist, wobei die Lokomotive und der Personenzug umkehrten und fünf Waggons vollständig verbrannten. Etwa 30 Personen wurden verletzt, darunter einige schwer.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Am Abgrund.

Kriminalroman von Natalie S. Lincoln.

21. Fortsetzung.
„Ich erkundigte mich diesen Morgen in der Pension, doch wurde mir der Zutritt nicht gestattet; glücklicherweise traf ich Dr. Ward, der Goddard eben gesehen hatte, und er erzählte mir, daß der Major zwar wieder bei Besinnung, aber noch sehr schwach und unfähig zu sprechen wäre. Ich fuhr dann bei dem Gefährnis vor, und Wood versprach mir, Kelly davon zu benachrichtigen, daß es dem Major besser ginge. Ich hoffe, diese Botschaft hat das arme Mädchen etwas getröstet.“
„Hören Sie, Warren.“ — Fräulein Metoaca senkte die Stimme — „der Major und Kelly waren täglich in Wexchester zusammen — er tat uns beiden so leid, und Kelly unterhielt ihn oder las ihm während seiner Genesung vor. Nach und nach überzeugte ich mich davon, daß Goddard Kelly über alles liebte — könnte er nun nicht vielleicht gehört haben, wie Lloyd zu Symonds sagte, er besäße ein Papier, das Kellys Untergang herbeiführen würde?“
„Gewiß!“ gab der Senator zu.
„Am der Liebe eines Weibes willen ist schon manches Unheil angerichtet worden. Ich möchte gewiß keinen Verdacht gegen einen Unschuldigen erregen, aber, könnte nicht Goddard seinen Freund getötet und das Papier entwendet haben?“
„Sollte der Senator, als sie starb, möglich, aber nicht wahrscheinlich, Männer haben schon manches Verbrechen aus Liebe vollbracht, aber nicht das Unmögliche. Sie glauben also, daß Goddard das Schlafzimmer betrat, Lloyd chloroformierte und dann die Brieftasche stahl, die die Depeche enthielt?“
Das Fräulein nickte, ohne zu sprechen.
„Wie hätte ein Blinder dieses alles ausführen können, ohne irgend etwas im Zimmer umzuwerfen?“ fragte Warren ruhig.
„Und woher wissen Sie, daß nichts umgeworfen wurde?“
„Symonds erklärte aufs Bestimmteste, daß sich in dem Zimmer nicht das geringste Zeichen von Unordnung vorfand; bei längerem Nachdenken muß man sich auch sagen, daß der Blinde doch erst an Lloyds Körper herunterstapfen mußte, was doch sicherlich den schlafenden Mann aufgeweckt hätte.“
„Warten Sie — Lloyd hätte darin nichts Besonderes gefunden, seinen Freund neben sich zu sehen. Nachdem er mit ihm gesprochen hatt, ist er wahrscheinlich wieder eingeschlafen.“
Als Warren schwiegend zu ihrer Darlegung nickte, sah Fräulein Metoaca eifrig fort: „Warum sollte Kelly die ganze Brieftasche mitnehmen, da sie nur ein Papier daraus brauchte — Goddard aber ist blind — für ihn war es nötig, die Brieftasche zu hehlen, um sich der Depeche zu bemächtigen.“

„Das leuchtet ein,“ gab Warren zu, „aber ebenso gut kann man annehmen, daß Kelly in der Furcht, in Lloyds Zimmer überrascht zu werden, nicht wagte, nach dem Papier zu suchen und deshalb die Tasche mitnahm.“
„Als er die enttäuschte traurige Miene des alten Fräuleins sah, fuhr der Senator herzlich fort: „Ich will das Neueste tun, um Kelly von diesen schrecklichen Anklagen zu reinigen; aber Goddard für schuldig zu erklären, wird wohl keinen Zweck haben. Symonds und der Arzt durchsuchten seine Kleidung, fanden aber keine Spur von dem vermißten Papier.“
„Wie erklären Sie sich, daß Goddard bewußtlos im Zimmer lag?“
„Ja —“ Warren strich sich nachdenklich den grauen Bart — „vielleicht hat er einen Schwindelanfall gehabt oder — aber dies ist nur eine vage Vermutung — er und Lloyd sind in Streit geraten, und er legte sich schlug ihn nieder, ohne an die Blindheit seines Freundes zu denken.“
„Und die Erregung hierüber hat vielleicht seinen Tod herbeigeführt,“ fiel Fräulein Metoaca erregt ein.
„Nur die Zeit und — Goddard kann dies erklären.“
Der Senator erhob sich und sie geleitete ihren Besucher in die Vorkasse. „Wann wird die Verhandlung stattfinden?“
„Sobald der Major eine Zeugenaussage machen kann. Und nun, mein liebes Fräulein Metoaca, grüßen Sie sich nicht zu sehr —“ er nahm erschrocken die Veränderung in ihrem kummervollen Gesicht wahr, als er sie deutlicher in dem Licht der offenen Tür sah. „Sobald sich etwas Neues ereignet, lasse ich es Sie sofort wissen.“
„Seien Sie aber vorsichtig mit Ihren Nachrichten,“ mahnte sie ihn. „Dieses Haus wird sorgfältig bewacht. Den ganzen Morgen waren Leute von der Geheimpolizei hier, um Kellys Sachen zu durchsuchen; außerdem durchsuchten sie das ganze Haus. Untere ganze Garderobe ist einfach ruiniert. Leben Sie wohl, mein Freund, und grüßen Sie Ihre liebe Frau. Wie kann ich Ihnen genug danken für alle Ihre Güte.“ Ihre Lippen zitterten und ihre Augen füllten sich mit Tränen.
„Bitte — nicht,“ bat Warren ganz verlegen. „Sie und Kelly haben gute Freunde, die mit Ihnen durch die und dän gehen — werden Sie also nicht mutlos!“
„Mutlos?“ wiederholte sie, heftig blinzeln. „Wenn ich mir meine liebe Kelly an jenem schrecklichen Orte denke — dann — dann könnte ich beinahe selbst jemanden ermorden!“ Und sie warf kräftig die Haustür ins Schloß, um ihre überreizten Gefühle ein wenig zu erleichtern.
Ungefähr um dieselbe Zeit ging Oberst Baker wenig betrieblig und ziemlich verdrießlich die Straße entlang; der Verlauf der Dinge war durchaus nicht nach seinem Sinne. Das Ergebnis

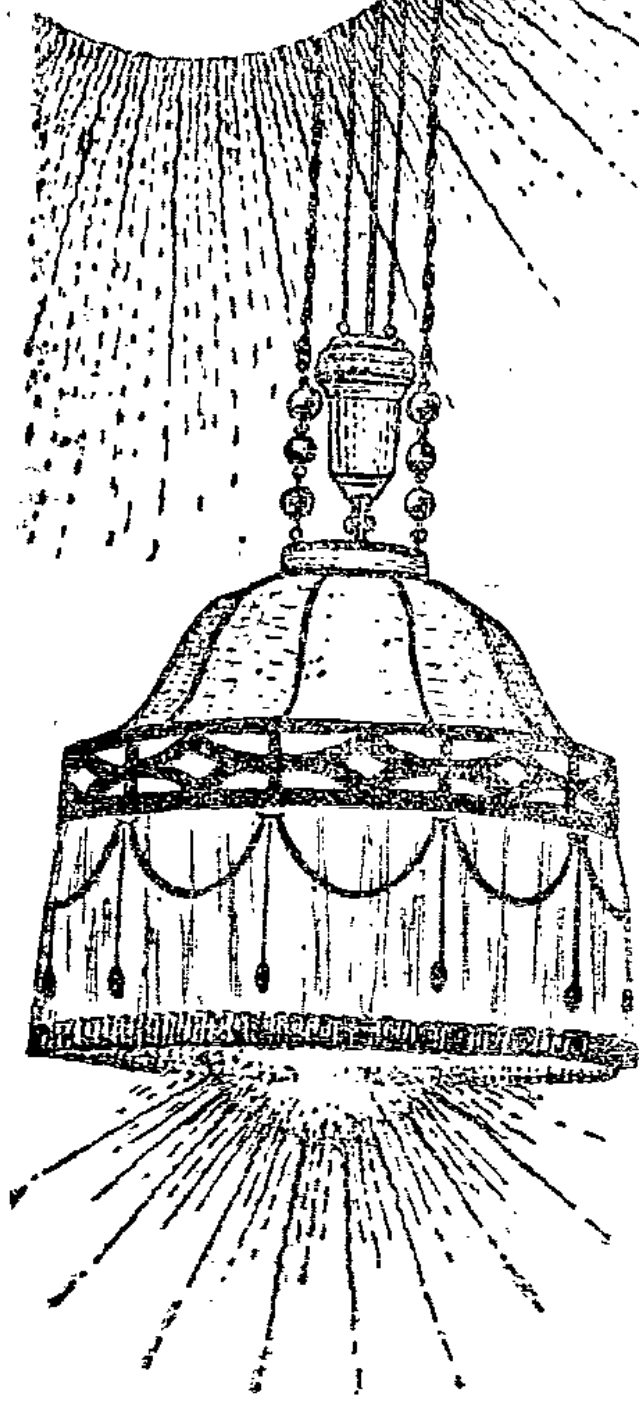
der Leichenchau hatte ihn verblüfft, und die Hausdurchsuchung bei den Newtons hatte ebenfalls keinen Erfolg gehabt. Auf einmal sah er Symonds über die Straße eilen.
„Se Symonds, was gibt es Neues?“ rief er ihn an.
„Der Major ist wieder bei Besinnung, Herr Oberst.“
„Das ist gut!“ Er sogerte einen Augenblick, dann wandte er sich entschlossen um. „Kommen Sie mit mir.“ Und er führte ihn nach Frau Vanes Pension. Die Wache ließ sie eintreten, und ohne sich anzuhalten, gingen sie nach Lloyds Wohnzimmer. Baker klopfte leise an, worauf eine Krankenschwester in der Tür erschien.
„Was wünschen Sie?“ fragte sie.
„Ich muß Ihren Patienten, den Major Goddard, sprechen — ich habe gehört, daß er wieder zu sich gekommen ist.“
„Das ist ganz unmöglich!“ Sie trat zurück, um die Türe zu schließen.
„Einen Augenblick!“ Sehr bestimmt fuhr er fort: „Ich bin Oberst Baker vom Geheimdienst — ich muß unbedingt den Major sprechen; lange werde ich nicht dabei sein.“ Die junge Schwester war noch nicht lange im Dienst, und Bakers Wesen verlegte sie in Furcht, deshalb murmelte sie:
„Dr. Ward hat es zwar verboten, aber — wenn Sie nur kurze Zeit bleiben —“ Widerstrebend trat sie beiseite, und die beiden Männer schritten in das Zimmer. „Bewahren Sie sich nicht,“ bemerkte der Oberst jetzt freundlich, „ich werde dem Doktor alles erklären; wo ist der Kranke?“
„Im Nebenzimmer; er hat den ganzen Nachmittag geschlafen, ist jetzt aber wach.“
Geräuschlos betrat Baker das nächste Zimmer und setzte sich auf einen Stuhl neben Goddards Bett; in dem Zimmer war nichts verändert worden, nur hatte man einen schwachen Versuch gemacht, die Fußspuren auf dem Boden zu beseitigen. Goddard bewegte sich unruhig und wandte sein Gesicht Baker zu; sein charies Ohr hatte ein leises Geräusch vernommen, als sich der Antömmelng legte.
„Sind Sie es, Schwester?“ Seine Stimme war leise wie ein Hauch.
„Nein, Herr Major, ich bin es, Oberst Baker.“
„Baker? Baker?“ Goddard sprach halt zu sich selbst — „doch nicht Oberst Baker vom Geheimdienst?“ und er versuchte sich im Bett anzurichten.
„Jawohl, aber Sie brauchen sich nicht anzuregen; kommen Sie, ich lege Ihnen diese Kissen in den Rücken, dann sitzen Sie bequem.“ Er rückte ihn und Symonds half die Kissen ordnen.
„Ich danke Ihnen — wer ist denn sonst noch da?“
„Symonds.“

Fortsetzung folgt.

HO

Lampen

u. Zubehörteile führen wir in reicher Auswahl noch **sehr preiswert!**



Für Gas-Beleuchtung

Gas-Pendel mit Normal- und Liliput-Brenner	35.00 17.75	15⁷⁵
Gas-Ampeln eisengehämmert	63.00 32.50	29⁵⁰
Gas-Zuglampen eisengehämmert	75.00 69.50	53⁵⁰
Gas-Zuglampen 4 Flammen eisengehämmert, m. eleg. Seidenschirm		225⁰⁰
Gas-Kronen eleg. Ausführung eisengehämmert,	124.00 107.00 52.50	32⁷⁵

Petroleum-Lampen

Tischlampen in reicher Auswahl	14.50 10.50	6⁷⁵
Hängelampen und Kronen	40.75 32.50	26⁷⁵
Küchenlampen mit Blenden	5.95 3.25	2⁹⁵
Sparlampen mit Sternbrenner		2²⁵

Gas-Glühstrümpfe 110 95 75
Gas-Anzünder 1.25 85
Ersatz-Zündsteine 3 Stück 20

Für elektrisches Licht

Elektrische Pendel verschied. Ausführung	22.50 15.50	9⁵⁰
Elektrische Ampeln moderner Ausstattung	82.50 35.50	21⁷⁵
Elektrische Zuglampen eisengehämmert	114.50	68⁵⁰
Elektrische Zuglampen eleg. Ausfüh. mit großem Seidenschirm		245⁰⁰
Elektrische Kronen modernster Ausführung	86.00 63.50 45.75	27⁵⁰
Elektrische Tischlampen und Klavierlampen	65.00 32.00	23⁵⁰
Elektr. Nachttisch-Lampen elegante Ausführung	21.50 17.50	12⁵⁰

Laternen

Hand-Laternen noch sehr billig	2.75 1.65	1¹⁰
Sturm-Laternen solider Ausführung		6⁵⁰

Perlfransen Mtr. . 1.65 u. 1.45
Lichtmanschetten . 35 u. 25
Lampenglocken . . 2.95 u. 2,25

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

Holstenstraße Nr. 25/33.

Lübeck.

Deutscher Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Todes-Anzeige.
Den Angehörigen die trauernde Nachricht, das unter Mitglied
Elisabeth Meyer
Verarbeitbarerin,
im Alter von 52 Jahren verstorben ist.
Spre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 28. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
4054 **Der Vorstand.**

Perfetter Dreher
als Arbeiter und zum Einrichten von Reparatursachen gesucht. Angebote unter V Sch an die Grönd. d. Bl. (4050)

Junger Morgenmädchen
am liebsten das Obere der Schule verlassen hat. Meldungen zwisch. 11 und 3 Uhr.
Mädchenstr. 33. II.

Zu kaufen gesucht (4053)
Haustischlampen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu billigem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Wallenhorst 25.
Telephon 244.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise (4057)
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Wand- und Taschenuhren.
Hermann Vob,
Lübeck.
Breite Straße 5, und Norderstr. 7.

I. Gabenverzeichnis für die Kolonial-Krieger-Spende.

Mit. 5000.—: Trägerwerk, Horkowwerk, Gelamhaus Roschl.
Mit. 1000.—: Senator J. H. Eichenburg, Heinrich Thiel, Schwarzenauer Haingraben.
Mit. 500.—: Hermann Eichenburg, Fretsch & Schulz, Hanjebund, Delmühle A.-G., Schacht & Co., Konrad Aug. Schulz, Leutnant Kol. C. H. Koll.
Mit. 300.—: Herrmann & Grai, Dr. Th. Eichenburg, Wlth. Eichenburg, Johs. Schwabach, Deutsche Kolonial-Gei. Abtl. Lübeck.
Mit. 250.—: Aug. Schlen, Direktor Neumark.
Mit. 200.—: J. A. Berling, Wolfgang Gaeber, Rühlhaus A.-G., Dr. P. u. H. Lüders, Prof. Dr. Straß, C. Geiffen & Co.
Mit. 150.—: G. Lange & Co.
Mit. 100.—: Frau Sen. Berling, G. Blümel, G. D. Böning, H. A. Földt, Gebr. Földt, Ida Fog-Ed, W. Brandt, Dr. H. Bremer, G. Burghard, Paul Burmeister, Deede & Holtermann, Dimster & Sommer, Engel & Mitterhagen, Sen. Dr. Eichenburg, J. C. Fehling, Freitag & Co., August Gohmann, G. Emerz & Co., Bürgermeister Dr. Fehling, Hanja-Meierei, Hanjon & Co., Hanjeat, Dampfmaschinen-Gei., Lorenz Harms & Söhne, H. L. Hantohl, C. Heidenreich, Ed. Juel, Ferd. Kauter, Dr. Koch, H. C. Koch, H. C. Koch Möbelhäuser, A. C. König, Johs. Köpff, W. Köhrs, L. Langensheim, Ad. Lianau, L. Ludewig, Lübeck-Königsberger Dampfmaschinen-Gei., Lüders & Strauß, H. Meyer & Co., Conr. Möller & Co., Frau v. Morgen, J. Neumann, Senator Dr. Neumann, Ernst. Pöbeling, Th. Pöbeling, Charles Reitz & Co., Landger. Dir. a. D. Juel, Dr. Juel, Julius Reiber, Sager & Klüppmann, Scharf & Hill, Aug. Heine, Schulz, Franz Schwedt, Richard Zimmermann, Senator Dr. Vermehren, Carl Reuter, Frauenbund der Deutschen Kolonial-Gei., Abtl. Lübeck.
Mit. 50.—: Dr. Carthagen.
Mit. 25.—: Frau Kiekmann.
Mit. 15.—: Dr. Bremm.
Mit. 10.—: G. C. Jahn.
Mit. 5.—: Dr. Meyer, Ad. Sahn, Dr. Sahjan, 1. Staatsanwalt Dr. Sende, Ernst Sode, Dr. Dr. Söhne, Max Buchwald, Casell & Petersen, J. A. Casier, Kaufm. Verein Concordia, G. H. Decker, Frau von Koczerowski, William Edge, Frau M. Stasmi, Frau Dr. Günther, Julius Harms, R. Harimann, Carl Johannsen, J. Johannsen & Sohn, Wlth. Jorjan, G. Kugel & Co., Dr. Koch.
Mit. 5.—: Landwirtshof, Verein Dr. Heie, Zahnarzt Meyer-Brandenburg, J. H. Behn, Conrad Behn, Riga-Lübecker Dampfmaschinen-Gei., Dr. Stoll, Senator Straß, Franz Toll, J. C. Wilsberg.
Mit. 20.—: E. Fiedorich, Dr. Fiedmann, W. Jacde, Herm. Sath, G. Lehmann, Konradsmiral Kühne, Senator Dr. Lianau, Frau Dr. Pöbeling, Georg Zimmermann.
Mit. 25.—: Jolly Grabe, Ad. Jahn, J. A. F. Grabe, H. Fr. Harms, C. Habelbring, J. Kollmann, Sattlergeschäft, J. G. Weßel, Otto Weßel.
Mit. 20.—: Arnold Berg, Major Sasse, Rud. Cohn, Dr. Krebs, Julius Meyer, H. G. Köhler, Medizinalrat Dr. Kiesel, Robert Jürgensen, W. Behn, A. Wermann, Leutger, Dr. Dr. Rogers, Dr. S. Stierhoff.
Mit. 15.—: E. v. Wöhrer.

Mit. 10.—: C. F. Alm, Julius Appel, C. v. Borries, Fr. Lauchstein, Senior Lindenberg, G. Mannweiler, H. R., J. U. Kofe, Aug. Kusch, Dr. Schulze, Dr. Wibel, August Winder, Johs. Haase, Dr. H. v. Kuchheim, Lotfentonn, Lindenberg.
Mit. 5.—: Frau C. Stofferjoh, Frau E. Koch.
Mit. 3.—: Zollsekretär Zapfe, H. N.
Gesamtsumme Mit. 33 351.—

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche Versammlung
am Freitag, dem 30. August
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1918.
2. Tätigkeitsbericht vom ersten Halbjahr 1918.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Bericht vom Gewerkschaftskartell.
Das Erscheinen der Mitglieder ist eine dringende Notwendigkeit.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Sparklub 4052
Gewerkschaftshaus.
Zur Erinnerung!
Versammlung
Heute Montag 8 1/2 Uhr.

Stadthallen-Theater.
Direktion: Stanislaus Fuchs.
(4049)
Dienstag, den 27. August 1918

Die Schmetterlings-schlacht.
Komödie von H. Sudermann.
Mittwoch, den 28. August 1918:
Abschieds-Vorstellung für
Edgar Pauly.

Wie einst im Mai.
Operette von
Kollo und Bredschneider.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 27. August
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52

Tagesordnung:
1. Bericht von der Städte-Konferenz zu Frankfurt a. M.
2. Unsere eingereichte Forderung auf Erhöhung der Mindestlöhne und Zeurungszulagen und das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen zu Nürnberg.
3. Stattersbericht.
4. Innere Verbandangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist dringende Pflicht.
4059) Die Lokalverwaltung.

Hansa-Theater.
Heute Montag
Freier Ringkampf
wobei alle Griffe erlaubt sind, zwischen (4055)
Fred Marcussen,
Weltmeister und
Kaawatzki, Pole.
Kaawatzki hat den Weltmstr. Fred Marcussen zum freien Ringkampf herausgefordert u. Marcussen hat die Herausforderung angenommen.
Außerdem ringen:
Eimecke, Ostpreußen gegen Winzer, Hamburg.